

8. Sitzung

Donnerstag, den 27. Januar 2000

Erfurt, Plenarsaal

- a) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000 (Thüringer Haushaltsgesetz 2000 - ThürHhG 2000 -)** **376**
Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 3/72 -
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 3/223 -
dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/268 -
Änderungsanträge der Fraktion der SPD
- Drucksachen 3/272/280/281/296 -
Änderungsantrag der Fraktion der PDS
- Drucksache 3/295 -
Entschließungsantrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 3/259 -
Entschließungsanträge der Fraktion der SPD
- Drucksachen 3/271/273 -
Entschließungsanträge der Fraktion der PDS
- Drucksachen 3/290/291/292/293/294 -
ZWEITE BERATUNG
- b) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 1999 bis 2003 für den Freistaat Thüringen** **376**
Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 3/109 -
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 3/224 -
- c) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes - Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (LHO) -** **376**
Unterrichtung durch den Finanzminister
- Drucksache 3/74 -
dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses
- Drucksache 3/225 -
- dazu: Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses **376**
- Drucksache 3/226 -

Die Tagesordnungspunkte 1 a, b und c werden gemeinsam aufgerufen und beraten. Nach der Berichterstattung erfolgt die Generalaussprache und die Aussprache zu Einzelplan 08 wird durch das Ende der Plenarsitzung unterbrochen.

Während der Generalaussprache beantragt der Abgeordnete Schemmel (SPD) namens seiner Fraktion, den Minister für Soziales, Familie und Gesundheit herbeizurufen. Dazu teilt der Ministerpräsident mit, dass dieser erkrankt sei, jedoch der Staatssekretär herbeigeholt werde. Staatssekretär Maaßen wird herbeigeholt.

Während der Aussprache wird die Sitzung gemäß § 38 Abs. 1 GO kurzzeitig zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung auf der Besuchertribüne unterbrochen.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Dr. Birkmann, Gnauck, Köckert, Dr. Krapp, Prof. Dr. Schipanski, Schuster, Dr. Sklenar, Trautvetter

Rednerliste:

Präsidentin Lieberknecht	376, 382
Vizepräsidentin Ellenberger	388, 395, 402
Vizepräsidentin Dr. Klaubert	406, 407, 408, 410, 411
Gerstenberger (PDS)	406
Heß (SPD)	411
Höhn (SPD)	388
Neudert (PDS)	382
Nothnagel (PDS)	407, 408
Dr. Pidde (SPD)	376
Schemmel (SPD)	407
Dr. Zeh (CDU)	395
Dr. Vogel, Ministerpräsident	402, 407

Die Sitzung wird um 9.06 Uhr von der Präsidentin des Landtags eröffnet.

Präsidentin Lieberknecht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren Abgeordneten, Regierungsvertreter, Gäste und Vertreter der Medien auf der Tribüne, ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer 8. Plenarsitzung des Thüringer Landtags am heutigen 27. Januar im Jahr 2000. Als Schriftführer haben neben mir Frau Abgeordnete Wolf und Herr Abgeordneter Seela Platz genommen. Herr Abgeordneter Seela wird die Rednerliste führen. Für die heutige Sitzung haben sich Frau Abgeordnete Thierbach, Herr Abgeordneter Sonntag, Herr Abgeordneter Dr. Dr. Dietz, Herr Abgeordneter Schugens, Herr Abgeordneter Böck und Herr Minister Dr. Pietzsch entschuldigt. Soweit ich das sehe, sind das alles krankheitsbedingte Abwesenheiten. Wir dürfen den Erkrankten, denke ich, auch gute Besserung und gute Genesung wünschen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe noch einen Hinweis zur Tagesordnung. TOP 1 - Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000 - wird wie folgt ergänzt: Hier wurden zwischenzeitlich fünf Entschließungsanträge der Fraktion der PDS in den Drucksachen 3/290 bis 3/294 und ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS in Drucksache 3/295 sowie ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion der SPD in Drucksache 3/296 verteilt.

Nach diesem Hinweis komme ich nun zum Aufruf des **Tagesordnungspunkts 1**

a) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000

(Thüringer Haushaltsgesetz 2000 - ThürHhG 2000 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 3/72 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 3/223 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/268 -

Änderungsanträge der Fraktion der SPD

- Drucksachen 3/272/280/281 und 3/296 -

Änderungsantrag der Fraktion der PDS

- Drucksache 3/295 -

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 3/259 -

Entschließungsanträge der Fraktion der SPD

- Drucksachen 3/271/273 -

Entschließungsanträge der Fraktion der PDS

- Drucksachen 3/290/291/292/293/294 -

ZWEITE BERATUNG

b) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 1999 bis 2003 für den Freistaat Thüringen

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 3/109 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 3/224 -

c) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes - Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (LHO) -

Unterrichtung durch den Finanzminister

- Drucksache 3/74 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 3/225 -

dazu: Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 3/226 -

Berichtersteller ist Abgeordneter Dr. Pidde zu allen drei Punkten 1 a bis c gemeinsam. Ich darf nun den Berichtsersteller bitten, den Bericht hier vor dem Parlament zu geben.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung legte dem Landtag am 9. November 1999 den Entwurf des Gesetzes über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000 vor. Die gedruckten Entwürfe des Haushaltsgesetzes nebst Übersichten sind am 9. November und die Einzelpläne sind dem Landtag durch das Finanzministerium am 10. November zugestellt und noch am selben Tag verteilt worden. Außerdem wurde dem Landtag am 9. November der Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes vorgelegt. Der Finanzminister begründete den Gesetzentwurf und den Bericht in der 4. Plenarsitzung am 18. November. Diese zwei Vorlagen wurden nach gemeinsamer Aussprache an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Am 30. November übersandte die Landesregierung den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre

1999 bis 2003 für den Freistaat Thüringen mit der Bitte um Vorabüberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss. Die Präsidentin des Landtags hat daraufhin gemäß § 52 Abs. 2 der Geschäftsordnung die Vorlage zur beschleunigten Erledigung im Einvernehmen mit den Fraktionen bereits vor der ersten Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat seine Haushaltsberatungen in sechs Sitzungen wie folgt durchgeführt: Am 23. November erfolgte die Grundsatzausprache und die Beratung der Einzelpläne 02 - Staatskanzlei, 11 - Rechnungshof, 01 - Landtag. Am 25. November erfolgte die Beratung der Einzelpläne 07 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur, 05 - Justizministerium und 04 - Kultusministerium. Am 9. Dezember schloss sich die Beratung der Einzelpläne 03 - Innenministerium, 19 - Förderung des Wohnungs- und Städtebaus, 08 - Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit und 09 - Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt an. Am 10. Dezember wurden die Einzelpläne 15 - Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, 06 - Finanzministerium, das Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000, die Mittelfristige Finanzplanung sowie der Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes beraten.

Am 13. Januar 2000 erfolgte die abschließende Beratung aller Einzelpläne und des Thüringer Gesetzes über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2000, die abschließende Beratung des Mittelfristigen Finanzplans für die Jahre 1999 bis 2003 für den Freistaat Thüringen und die abschließende Beratung des Berichts über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes. Die im Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen - enthaltenen Baumaßnahmen und die im Einzelplan 17 enthaltenen Einstellungen für die Allgemeine Finanzverwaltung der jeweiligen Ressorts wurde den Beratungen der entsprechenden Einzelpläne zugeordnet und dort behandelt.

Meine Damen und Herren, auf die wichtigsten Änderungen, die der Regierungsentwurf in der abschließenden Beratung durch den Haushalts- und Finanzausschuss erfahren hat, aber auch auf die wichtigsten Anträge, die abgelehnt wurden, soll im Folgenden eingegangen werden. Dabei möchte ich dies, wie in den vergangenen Jahren üblich, in der Reihenfolge der Einzelpläne und der Anträge der Fraktionen vornehmen.

Im Einzelplan 01 - Landtag - wurden zur Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit der Abgeordneten auf Antrag der Fraktion der CDU zusätzlich 25.000 DM zur Beschaffung eines zentralen digitalen Sprachspeichers eingestellt, der mit der Telekommunikationsanlage des Landtags verbunden wird. Alle Anträge der Fraktion der PDS zum Einzelplan 01 wurden abgelehnt, so auch die Überlegung, für die Untersuchungsausschüsse einen Mehrbe-

darf von externen Schreibkräften anzuerkennen sowie die Personalausstattung der Landesbeauftragten für den Datenschutz zu verbessern zulasten des Stellenplans beim Verfassungsschutz.

Meine Damen und Herren, keine Änderung wurde durch den Haushalts- und Finanzausschuss im Einzelplan 02 - Staatskanzlei - vorgenommen. Anträge der Fraktion der PDS, für die Inanspruchnahme der Mittel für das Bachjahr 2000 in Thüringen einen Sperrvermerk bis zur Vorlage des Gesamtkonzepts zu veranschlagen oder Zuschüsse für Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit einzustellen und die Vergabe in Abstimmung mit dem entwicklungspolitischen runden Tisch Thüringen vorzunehmen zulasten der Ausgaben für Veranstaltungen, wurden abgelehnt. Ebenso konnte sich der Ausschuss nicht der Auffassung der SPD-Fraktion anschließen, den Schwerpunkt in der Gleichstellungspolitik durch eine qualitative und quantitative Verstärkung der frauenpolitischen Maßnahmen hervorzuheben.

Meine Damen und Herren, die in der Regierungsvorlage zum Einzelplan 03 - Innenministerium - vorgesehenen Stellenpläne im Polizeiverwaltungsamt und im Landeskriminalamt wurden aufgrund eines Ausschussbeschlusses verändert. 19 Angestellte wurden dort mit Zeitarbeitsverträgen beschäftigt, obwohl nach arbeitsrechtlichen Grundsätzen unbefristete Arbeitsverträge hätten abgeschlossen werden müssen. Hierfür sollen freie und nicht mehr benötigte Stellen umgewandelt werden, um den Abschluss unbefristeter Arbeitsverträge zu ermöglichen.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Die Stellenumwandlungen erfolgen kostenneutral. Wesentliche Personalstellenhebungen beschloss der Ausschuss mehrheitlich auch im Bereich der Polizeidirektion. Auf zusätzliche Planstellen im Innenministerium selbst wollte die SPD-Fraktion eher verzichten, da keine neuen Aufgaben hinzugekommen seien. Der Antrag fand jedoch keine Mehrheit, auch nicht der Vorschlag, für Stundungen von Straßenausbaubeiträgen das Zinshilfeprogramm zu erweitern, verbunden mit einem um 2,7 Mio. DM erhöhten Ansatz.

Im Einzelplan 04 - Kultusministerium - stellte der Ausschuss mehrheitlich einen neuen Titel - Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände - ein, versehen mit einem Ansatz in Höhe von 1,5 Mio. DM zulasten der bisher vorgesehenen Zuweisungen für multimediafähige Computertechnik sowie Bildungssoftware. Mit dem nunmehr neu geschaffenen Titel, der zur Förderung von Leasingverträgen der Schulträger für den Erwerb von Computertechnik dienen soll, wurden gleichzeitig nicht unbedeutende Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 6 Mio. DM für die zukünftigen Jahre festgelegt, wobei der Titel bis zur Vorlage einer Gesamtkonzeption für die Computerausstattung an Schulen gesperrt wurde. Den Ansatz für multimediafähige Computertechnik und Soft-

ware zur Weiterentwicklung der Schulen schon im Jahr 2000 um 5 Mio. DM anzuheben, die Schulbibliotheken wesentlich mehr zu unterstützen, wie es die Fraktion der SPD gern gesehen hätte, fand im Ausschuss ebenso wenig eine Mehrheit wie die Anträge der Fraktion der PDS, z.B. einen Ansatz für die Finanzierung der Gebühren für die Nutzung des Internets im Rahmen der multimediafähigen Computertechnik zu schaffen oder 7 Mio. DM als Investitionszuschüsse für Schulgebäude zu gewähren oder die Schaffung eines Stellenpools zu überlegen, um Reserven zu haben, beispielsweise für den Ausgleich von Unterrichtsausfall.

Einstimmig angenommen wurden in dem Einzelplan der Antrag der Fraktion der SPD, die Reisebeihilfen für Schüler auf der Grundlage einer Richtlinie des Kultusministeriums zu gewähren, und mehrheitlich ihr Antrag, ebenfalls für die Förderung kultureller Zwecke eine Richtlinie zu erlassen. Alle übrigen Anträge der Oppositionsfraktionen wurden abgelehnt.

Meine Damen und Herren, im Einzelplan 05 - Justizministerium - ist eine neue Titelgruppe für den Rechtskundeunterricht an Thüringer Schulen eingerichtet worden.

(Beifall bei der CDU)

Der Rechtskundeunterricht soll damit nach dem Willen der Fraktion der CDU intensiviert und möglichst flächendeckend eingeführt werden. Zunächst soll im Rahmen eines Modellversuchs begonnen werden, den Rechtskundeunterricht durch erfahrene Richter und Staatsanwälte oder andere geeignete Bedienstete der Thüringer Justiz zu erteilen. Nicht durchsetzen konnten sich die Anträge der SPD-Fraktion zur Auflösung der Landesstaatsanwaltschaft.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Die Landesstaatsanwaltschaft wird nicht aufgelöst.)

Auf die einzelnen Begründungen wird sicher später noch eingegangen werden.

Meine Damen und Herren, die Regierungsvorlage zum Einzelplan 06 - Finanzministerium - wurde vom Ausschuss mit der Mehrheit seiner Stimmen angenommen.

Zum Einzelplan 07 - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur - möchte ich auf einen im Ausschuss einstimmig angenommenen Antrag der Fraktion der CDU hinweisen: Um 1,5 Mio. DM aufgestockt wurden im Bereich der Förderung der Leistungssteigerung im Fremdenverkehrsgewerbe/Fremdenverkehrswerbung die nicht aufteilbaren sächlichen Verwaltungsausgaben. Der Bekanntheitsgrad Thüringens als Fremdenverkehrsland und Wirtschaftsstandort ist nach Auffassung des Ausschusses nach wie vor unbefriedigend. Die ergänzenden Mittel sollen dazu dienen, Thüringen als Ganzes in einer Mar-

ketinginitiative zu präsentieren.

(Beifall bei der CDU)

Abgelehnt wurden folgende Anträge der Fraktion der SPD: 5 Mio. DM zusätzliche Zuschüsse im Landesinvestitionsprogramm für Investitionsvorhaben kleiner und mittlerer Unternehmen in Thüringen, 15 Mio. DM für das Jahr 2000 und 18 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen innerhalb einer neuen Titelgruppe, um eine transparente Förderung durch ein neu aufzulegendes Landesprogramm "InnoRegio" zu ermöglichen im Rahmen der Förderung von Maßnahmen aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, ein Deckungsvermerk bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Maßnahmen der beruflichen Bildung, ergänzende 20 Mio. DM für das Landesarbeitsmarktprogramm.

Auch die folgenden Anträge der Fraktion der PDS erreichten im Ausschuss nicht die erforderliche Mehrheit: 2 Mio. DM zusätzliche Zuschüsse an Handwerksmeister und Unternehmerinnen für Existenzgründungen; 8 Mio. DM zusätzliche Zuschüsse an private Unternehmen für unterschiedliche Finanzierungshilfen zur Existenzfestigung nach Zahlungsausfällen infolge Insolvenzen von Auftraggebern und zur Bereitstellung von Risikokapital; 3 Mio. DM geringere Zuschüsse für den gewerblichen Luftverkehr, da die Flugbewegungen und der Auslastungsgrad der eingesetzten Flugzeuge eine Nutzung anderer Verbindungen zulasse; eine Vermehrung der sonstigen Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände um 3 Mio. DM zur Verbesserung des Verkehrsangebots im Rahmen der Zuschüsse des ÖPNV; eine Umschichtung in Höhe von 9,5 Mio. DM von den Zuweisungen des Bundes für den kommunalen Straßenbau zugunsten der Zuweisung des Bundes für Maßnahmen des ÖPNV, da zur Erhaltung und finanziellen Unterstützung des ÖPNV das Aufteilungsverhältnis auf 60 zu 40 für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV zurückzuführen sei; und schließlich eine Reduzierung der Mittel für die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Maßnahmen der beruflichen Bildung um 36 Mio. DM, ein Deckungsantrag zur Umsetzung dieser Mittel zugunsten von 800 festen Stellen im Sozialbereich. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass auch die Anträge der Oppositionsfraktionen immer entsprechende Deckungsanträge für ihre Initiativen enthielten.

Meine Damen und Herren, besonders hervorzuheben ist beim Einzelplan 08 - Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit - der Antrag der Fraktion der CDU, für die Honorierung ehrenamtlichen Engagements älterer Arbeitsloser 4 Mio. DM neu einzustellen. Bereits bei der Beratung des Einzelplans hat der Sozialminister das neue "Aktionsprogramm 50 Plus" unterstrichen. Der auf sein Ministerium entfallende Anteil sei der, dass Arbeitslosen, die über 50 Jahre alt seien, ein gewisser Anreiz für ehrenamtliche Tätigkeit gegeben werde. Dieses sei nicht eine Bezahlung von ehrenamtlich Tätigen, sondern es solle le-

diglich eine Unterstützung sein, weil Arbeitslosigkeit nicht in jedem Fall zuerst finanzielle Notlage, sondern auch soziale Notlage und Verlust des Selbstwertgefühls bedeutet. Bewilligung und Ausreichung der Mittel sollen auf der Grundlage einer vom Ministerium zu erarbeitenden Richtlinie erfolgen. Ebenso unterstützte der Ausschuss mehrheitlich aufgrund eines Antrags der Regierungsfraktion die wissenschaftliche Begleitung von Arbeitsschutzmaßnahmen mit weiteren 250.000 DM und den Antrag über erweiternde 1,3 Mio. DM zur Schaffung und zum Ausbau von Einrichtungen der psychiatrischen Versorgung und der Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe. Schließlich wurde ein Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich angenommen, die Zuschüsse für Sofortmaßnahmen bei Sportstätten und Badeanstalten um 2 Mio. DM aufzustocken, während die Fraktion der PDS in diesem Bereich eine wesentlich höhere Steigerung bevorzugt hätte. Zuletzt erkannte der Ausschuss die Arbeit der Opferverbände des SED-Unrechts durch eine nicht unerhebliche Unterstützung mehrheitlich an, während die Fraktion der SPD hier eine noch größere Ausrüstung der Verbände mit dem entsprechenden Personal- und Geschäftsbedarf vertreten wollte.

Es ist verständlich, dass im Ausschuss auch bei den jeweils zur Deckung herangezogenen Anträgen der soeben genannten Initiativen sich teils unterschiedliche Auffassungen ergeben haben. Zu diesem Ergebnis kommt man auch, wenn man sich die zahlreichen Anträge der Oppositionsfraktionen der PDS und der SPD im Einzelnen betrachtet. Hier auf alle Deckungsvorschläge einzugehen würde sicher den Rahmen der Berichterstattung sprengen. Im Einzelnen wurden durch die Oppositionsfraktionen 23 Änderungsanträge bei diesem Einzelplan eingebracht; einige wesentliche sollen dennoch genannt werden.

So befürwortete die Fraktion der PDS eine Sozialpauerschale, versehen mit einem Ansatz in Höhe von 48 Mio. DM. Diese Mittel sollten zur Errichtung der bereits genannten 800 festen Stellen dienen. Der Erhalt und der Ausbau von qualitäts- und bedarfsgerechten Betreuungs- und Beratungsangeboten im sozialen Bereich erfordere die Schaffung dieser Stellen nach Ansicht der PDS-Fraktion. Die Zuwendung für Erholungsmaßnahmen Behinderter und für den familienentlastenden Dienst sollten stärker gefördert werden. Aber auch ihren Antrag bei den Investitionszuschüssen für Kindertagesstätten einen zusätzlichen Ansatz in Höhe von 3 Mio. DM im Einzelplan 08 zu veranschlagen, da sich bei den Thüringer Kindertagesstätten ein sehr hoher Investitionsbedarf angestaut habe, konnte die Fraktion der PDS nicht durchbringen. Allerdings hat der Sozialminister bei der Einzelplanberatung zu dieser Frage darauf hingewiesen, dass erneut ein Investitionstitel für Kindertagesstätten im Einzelplan 17 veranschlagt worden sei mit einem Ansatz in Höhe von 5,6 Mio. DM und mit 2 Mio. DM Verpflichtungsermächtigung.

Die Fraktion der SPD legte ein Schwergewicht ihrer Betrachtung auf die Situation der Senioren und Behinderten in der Bevölkerung, konnte aber ihre entsprechenden Anträge nicht umsetzen. Der Antrag, für Projekte der politischen Bildung und zur Förderung des Demokratieverständnisses junger Menschen einen neuen Titel vorzusehen, versehen mit einem Ansatz in Höhe von 200.000 DM, wurde ebenso mit Mehrheit abgelehnt wie ihr Antrag, die Zuschüsse an Träger von Beratungsstellen um 500.000 DM zu erhöhen, weil die Arbeit der Verbraucherinsolvenzberatungsstellen immer noch im Aufbau begriffen sei.

Meine Damen und Herren, nur geringfügige Änderungen erfuhr der Einzelplan 09 - Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt - seitens des Ausschusses. Dafür wurde ein entsprechender Antrag der Fraktion der CDU allerdings einstimmig beschieden. Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat mit einem Zuwendungsbescheid die notwendigen Mittel für die Modernisierung der technischen Ausstattung der überbetrieblichen Ausbildungsstätte Schwerstedt bereitgestellt. Davon entfällt für das Jahr 2000 ein Betrag in Höhe von 214.800 DM. Es handelt sich um eine Projektförderung im Wege der Anteilsfinanzierung. Dieser Betrag ist nunmehr im Haushaltsplan enthalten. Er wird noch verstärkt durch den erforderlichen Landesanteil von ca. 100.000 DM. Den Anträgen der Fraktion der PDS, wonach eine entscheidend höhere Förderung der thermischen Nutzung von Biomasse erreicht werden sollte oder auch die Bedeutung der Umweltverbände als Träger der ökologischen Arbeit im Freistaat erhöht werden sollte, wurde ebenso wenig stattgegeben wie deren Anträge, den Ansatz für Zuschüsse im Rahmen der Umweltbildung fast zu verdoppeln oder die Zuschüsse zur Rohwasservorhaltung um 4 Mio. DM zu verbessern.

Mit 20 Änderungsanträgen beabsichtigte die SPD-Fraktion eine andere politische Gewichtung, mit der sie aber bei den bekannten Mehrheitsverhältnissen nicht durchdringen konnte. So vertrat sie die Auffassung, die Mittel aus dem Sondervermögen ökologischer Altlasten in Thüringen im vollen Umfang für die Sanierung freigestellter Sanierungsvorhaben einzusetzen. Es sollten deshalb keine Mittel zur Finanzierung der Geschäftsstelle "Generalvertragsmanagement" vereinnahmt werden. Die Zuwendungen an nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz anerkannte Verbände sollten erhöht werden zulasten der Zuschüsse für den Träger des Naturparks Thüringer Wald. Mehr Mittel für die Landschaftspflegeverbände als Interessenvermittler zwischen Landnutzern und Naturschutz waren eine politische Überlegung. Die Gemeinden mit 1 Mio. DM zur Verbesserung der Wasserqualität der Gewässer zweiter Ordnung zusätzlich zu unterstützen war das Ansinnen, ebenso eine intensivere Bodenschutzkalkung für alle Waldbesitzerarten, weshalb zusätzliche 1,8 Mio. DM erforderlich gewesen wären. Stellenplanänderungen zu dem von der EU mitfinanzierten Projekt Nationalpark Hainich zur Fortführung des Projekts scheiterten und schließlich

auch der Antrag der SPD-Fraktion, die Summe der Einnahmen aus der Feldes- und Förderabgabe, nämlich 5,8 Mio. DM, den Kommunen komplett als Ausgleich oder zur Minderung von Umweltbelastungen zufließen zu lassen.

Zum Einzelplan 11 - Rechnungshof - gab es erwartungsgemäß keinen Änderungsantrag.

Lassen Sie mich aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle und sicher auch im Namen des ganzen Haushalts- und Finanzausschusses dem langjährigen ehemaligen Präsidenten des Thüringer Rechnungshofs, Herrn Wolfgang Ibel, insbesondere für seine beratende Tätigkeit im Haushalts- und Finanzausschuss herzlich danken.

(Beifall im Hause)

Meine Damen und Herren, auf Antrag der Fraktion der CDU setzte der Haushalts- und Finanzausschuss im Einzelplan 15 - Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst - zur Realisierung der Haushaltsklarheit 50 Prozent der Mittel für die Post- und Fernmeldedienstleistungen, Rundfunk- und Fernsehgebühren in die Titelgruppe 71 - Lehre und Forschung - mit einstimmigem Beschluss um. Mit der Mehrheit der Stimmen der Ausschussmitglieder entschied sich der Ausschuss dafür, dass auf Antrag der CDU-Fraktion dem Institut für molekulare Biotechnologie in Jena gemäß § 15 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung Mittel zur Selbstbewirtschaftung übertragen werden können. Das Institut hatte erhebliche Anstrengungen zur Erfüllung einer Kosten-Leistungs-Rechnung zur sachgerechten und wirtschaftlichen Mittelbewirtschaftung unternommen. Eine überjährige Mittelbewirtschaftung erscheint sinnvoll und wird nunmehr durch den eingefügten Haushaltsvermerk ermöglicht. Genauso verfahren wurde bei dem Landesanteil zur Finanzierung der Bauausgaben der Stiftung Weimarer Klassik. Im Rahmen eines Finanzierungsabkommens mit dem Bund wurden Haushaltsmittel zur Finanzierung von zweckgebundenen Baumaßnahmen für vier Jahre festgeschrieben. Die Selbstbewirtschaftungsmittel stehen gemäß § 15 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung über das laufende Haushaltsjahr zur Verfügung und ermöglichen auch hier ein flexibles Reagieren bei Verzögerung im Bauablauf. Schließlich sind es 800.000 DM im Einzelplan 15, die einstimmig von den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses zusätzlich dem Kunstfest Weimar zur Verfügung gestellt werden, um die Durchführung eines angemessenen Kunstfestes zu sichern. Aufgrund der sich erst zum Haushaltsjahresende 1999 abzeichnenden Verschiebung von Projektzuwendungen von 1999 in 2000 kann die Verpflichtungsermächtigung 1999 für die Folgejahre im Bereich der Verbundforschung nicht vollständig gebunden werden. Für die Abfinanzierung der verschobenen Projektzuwendungen wird die Verpflichtungsermächtigung für 2001 zusätzlich benötigt. Nicht unwesentliche Veränderungen bei den Verpflichtungsermächtigungen gab es auch für die investiven Maßnahmen zur Forschungs-

infrastruktur aufgrund vorliegender Antragstellung. Die Beträge scheinen vielleicht manchmal klein, auf die wir hier eingehen, aber für die Zuwendungsempfänger sind sie wiederum von großer Bedeutung. So entschied die Ausschussmehrheit ebenfalls aufgrund eines Antrags der Fraktion der CDU 100.000 DM mehr als im Ansatz vorgesehen für Grenz museumsprojekte an den Standorten Mödlareuth, Teistungen, Schifflersgrund und "Point alpha" einzusetzen. Die Fraktion der PDS legte Wert auf eine Annäherung an die Ansätze von 1999 für den Erwerb von Geräten und Ausrüstungsgegenständen im Inland und beantragte die entsprechenden Mittel hierfür bei den einzelnen Positionen. Zur Bildung eines Stellenpools für den Aufbau neuer Studiengänge und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses plante sie eine Umsetzung von 25 Stellen aus dem Bereich des Verfassungsschutzes. Das Förderprogramm für Projektmanager im kulturellen Bereich dachte sie um ein Drittel heraufzusetzen und mit ergänzenden Verpflichtungsermächtigungen auszustatten, um den Verträgen eine Mindestlaufzeit von 5 Jahren zugrunde legen zu können.

Ebenso sollte der Stiftung Breitenkultur 1 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden, um das breitenkulturelle Netzwerk dauerhaft abzusichern. Alle Anträge wurden abgelehnt, genauso wie die Anträge der Fraktion der SPD, die darauf abzielten, die Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland bei den Maßnahmen zur Forschungsinfrastruktur um 8 Mio. DM zu erhöhen, die Ausgaben zu Publikationen und Ausstellungen, Stipendien im Bereich der bildenden Kunst im Vergleich zu dem Jahr 1998 nicht herabzusetzen, das künstlerische Potenzial freier Theatergruppen wesentlich stärker zu unterstützen oder auch den öffentlichen Bibliotheken für die Bestandsaktualisierung einen weiteren Zuschuss zu gewähren.

Im Bereich des Einzelplans 17 - Allgemeine Finanzverwaltung - standen die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Einnahmen aus Beteiligungen im Mittelpunkt der Diskussion, nachdem darauf hingewiesen worden war, dass das vorläufige Jahresergebnis der Jenoptik AG und die geplanten Ausschüttungen noch positiver gesehen werden können, als es zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung eingeschätzt wurde, weshalb der Ausschuss einstimmig die zu erwartenden Einnahmen aus Beteiligungen um 3,3 Mio. DM höher veranschlagte. Wiederum wurde der Antrag der Fraktion der CDU einstimmig angenommen, zur Sicherung der gesamten Finanzierung bei Maßnahmen der Strukturhilfe die Verpflichtungsermächtigung für Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen um 15 Mio. DM, verteilt auf die einzelnen Folgejahre, aufzustocken.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Mit der Mehrheit seiner Stimmen folgte der Ausschuss dem Antrag der Fraktion der CDU, bei den Investitions pauschalen für Schulgebäude festzulegen, dass es sich um zweckgebundene Investitionspauschalen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Sanierung von Schu-

len und Schullandheimen und für die Erstausrüstung neu geschaffener Unterrichtsräume handele. Die Mittel sollen an die Schulträger nach einem vom Kultusminister festzulegenden Schlüssel verteilt werden.

(Beifall Abg. Fiedler, CDU)

Damit sollen die im Regierungsentwurf eingestellten 68 Mio. DM auch für den Neubau von Schulgebäuden oder Schullandheimen und für die Erstausrüstung neu geschaffener Unterrichtsräume ausdrücklich zugelassen werden. Die Anträge der Fraktion der SPD, die Einnahmen im Bereich der Umsatzsteuerverprüfung durch eine Verstärkung der Prüfkativitäten um 6,5 Mio. DM mehr fließen zu lassen, da hier erhebliche Fehler bei den betroffenen Unternehmen aufgedeckt werden können, die globale Ausgabenminderung bei sächlichen Verwaltungsausgaben um 20 Mio. DM anzuheben, die Zuschüsse an die Landesentwicklungsgesellschaft um 13 Mio. DM zu verringern und die Zuschüsse zur Förderung von Sportstätten und Badeanstalten um 4,7 Mio. DM anzuheben, konnten sich nicht durchsetzen. Dies galt auch für alle Anträge der Fraktion der PDS. Hier seien besonders genannt: 26 Mio. DM Minderausgaben für die Landesentwicklungsgesellschaft sowie insgesamt 100 Mio. DM Investitionspauschalen an Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise, allerdings zulasten einer erhöhten Kreditaufnahme.

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt der Beratungen zum Einzelplan 18 - Staatliche Hochbaumaßnahmen - stand ein neuer Titel 821 11 im Kapitel 18 01 - Alternative Finanzierung von Bauinvestitionen zur Unterbringung des Thüringer Landtags - Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen 3. bis 5. Bauphase. Die Fraktion der CDU beantragte hier, Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 115 Mio. DM zum Abschluss eines Vertrags für die alternative Finanzierung. Die voraussichtliche Haushaltsbelastung für eine 20-jährige Nutzungsdauer macht diesen Betrag aus. Nach einem Beschluss des Ältestenrats vom 9. November 1999 sollen die Baumaßnahmen für den Landtag in der Zeit zwischen November 2000 und November 2003 realisiert werden. Hinzuweisen ist auf den Haushaltsvermerk an dieser Stelle, der sagt, dass die Verpflichtungsermächtigung gesperrt ist. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses. Dieser Antrag wurde mehrheitlich angenommen. Auch der Antrag von der gleichen Fraktion zum Klinikum Jena "Neubau eines zentralen Forschungsgebäudes", versehen mit einem neuen Haushaltsansatz in Höhe von 3 Mio. DM und ergänzenden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 4 Mio. DM wurde so beschlossen.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion der PDS, im Einzelplan 19 - Förderung des Wohnungs- und Städtebaus - die Zuweisungen an Städte und Gemeinden zur Wohnumfeldverbesserung in Wohngebieten (Landesprogramm) um 4 Mio. DM insbesondere in größeren Wohngebieten zu verstärken, wurde abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ähnlich wie im vergangenen Jahr war Gegenstand der Überlegungen des Ausschusses zum eigentlichen Haushaltsgesetzentwurf wieder die Frage der Deckungsfähigkeit von Ausgaben im Haushaltsplan. Bereits im vergangenen Haushaltsgesetz hat der Ausschuss zur Sicherung des parlamentarischen Budgetrechts eine wesentlich stärkere Einbeziehung des Haushalts- und Finanzausschusses bei der Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit gefordert. Daher war es nun folgerichtig, wenn auch in diesem Jahr der Ausschuss festgelegt hat, dass er bei der Inanspruchnahme der Deckungsfähigkeit in vielen Fällen vorher einbezogen wird. An dieser Stelle möchte ich anregen, dass wir beim nächsten Haushalt es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, zumal der Ausschuss bei einem nahezu deckungsgleichen Antrag der Fraktion der CDU dem Antrag der SPD-Fraktion einstimmig folgte. Die im Übrigen gefassten Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses sind ebenso wie die Änderung des Thüringer Haushaltsgesetzes 2000 der Beschlussempfehlung in Drucksache 3/223 zu entnehmen.

Die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss brachten gegenüber der Regierungsvorlage eine unsaldierte Änderung der Ausgaben von 16,3 Mio. DM. Sämtliche Ausgabenerhöhungen wurden durch Ausgabereduzierungen bei einzelnen Titeln und durch Einnahmeerhöhungen ausgeglichen. Das Haushaltsvolumen beträgt für das Haushaltsjahr 2000 nunmehr 19.162.510.400 DM, darunter 15,7 Mio. DM haushaltstechnische Verrechnungen. Der Gesamtbetrag ist in § 1 des Thüringer Haushaltsgesetzes 2000 zu übertragen. Damit konnte das Kreditvolumen und die Nettoneuverschuldung in Höhe von 1.590.191.400 DM unverändert bleiben. Die Kreditfinanzierungsquote umfasst 8,3 Prozent des Etats.

Insgesamt empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss dem Landtag unter Berücksichtigung der sich aus der Beschlussempfehlung in Drucksache 3/223 ergebenden Änderungen die Annahme des Entwurfs des Thüringer Haushaltsgesetzes 2000 und der Einzelpläne. Wiederum schlägt er vor, dem Finanzminister und der Präsidentin des Landtags Ermächtigungen bei der Ausfertigung und Verkündung des Gesetzes zu erteilen, die im Einzelnen in der Beschlussempfehlung enthalten sind.

Zum Mittelfristigen Finanzplan erläuterte der Finanzminister dem Ausschuss, Basis sei die Steuerschätzung vom Mai 1999, in Ergänzung für das Jahr 2000 die Novembersteuerschätzung. Die Landesregierung habe eine Mittelfristige Finanzplanung vorgelegt, in der das Prinzip, Steuermehreinnahmen zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung zu nutzen, umgesetzt werde. Die Abgeordnete Neudert hob hervor, dass mittlerweile der Mittelfristige Finanzplan in einer Form erscheine, wie der Ausschuss sich dieses vorgestellt habe. Insbesondere die Verschuldungsfrage in den kommenden Jahren wurde kritisch betrachtet. Der Abgeordnete Dr. Zeh verlangte eine Aufstellung über die Entwicklung der Zinslast und Personalausgabenquote.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nach meiner Einschätzung werden wir uns wohl in diesem Zusammenhang mit der Überprüfung verschiedener Leistungsgesetze in diesem Hause befassen müssen. Im Einzelnen wurden im Ausschuss durch die Regierungsfraktion aber noch keine Gesetze genannt. Abschließend empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss, sowohl den Mittelfristigen Finanzplan des Landes Thüringen für die Jahre 1999 bis 2003 in Drucksache 3/109 als auch den Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes in Drucksache 3/74 zur Kenntnis zu nehmen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Präsidentin Lieberknecht:

Vielen Dank für diese Berichterstattung. Wir kommen damit zur Aussprache. Der Ältestenrat hat in seiner 6. Sitzung am 18. Januar 2000 einvernehmlich die den Fraktionen inzwischen auch schriftlich vorliegenden Abweichungen der Redezeiten gemäß § 29 Abs. 1 Geschäftsordnung beschlossen. Wir werden entsprechend verfahren. Ich möchte weiterhin noch darauf aufmerksam machen, dass wir uns dahin gehend verständigt haben, dass nach der Generalaussprache zuerst mit der Beratung zum Einzelplan 08 begonnen werden soll.

Wir kommen aber jetzt zunächst zur Generalaussprache zum Haushalt insgesamt, die Tagesordnungspunkte 1 a bis c gemeinsam. Ich darf den ersten Redner dazu aufrufen. Es hat sich Frau Abgeordnete Christiane Neudert von der PDS-Fraktion gemeldet.

Abgeordnete Neudert, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, der Haushalt 2000 liegt uns heute zur zweiten Lesung und schließlich zur Verabschiedung vor. Alle Fraktionen haben sich etliche Wochen damit geschunden, zahlreiche Änderungsanträge erarbeitet und schließlich im Haushalts- und Finanzausschuss beraten und in der großen Mehrzahl, zumindest die Anträge der Opposition, abgelehnt. Die jetzt eingearbeiteten Anträge, von der Anzahl beeindruckend, von der Wirkung marginal, haben den von uns kritisierten Grundübeln des Planentwurfs nicht abhelfen können und befriedigen demzufolge in keiner Weise. Sie machen im Gegenteil die Probleme überdeutlich.

Sie, meine Damen und Herren der Landesregierung, haben den Haushalt bei der Einbringung gepriesen als den Einstieg in den Ausstieg aus der Schuldenaufnahme. Herr Althaus bekräftigte gestern erneut, dass nach mehr als neunjähriger Regierungsverantwortung eine Kurskorrektur durch die CDU anstünde. Unter dem Slogan "Zukunft gestalten" wollen Sie konsequent die durch Wirtschaftswachstum erzielten Steuereinnahmen für den Abbau der Nettoverschuldung einsetzen. Die Staatsverschuldung, die in erster Linie durch die CDU zu verantworten ist, soll nun,

frei jeglicher Rücksichtnahme, zulasten jener, die nicht zu den Eliten in dieser Gesellschaft gehören, reduziert werden. Dabei handle es sich jetzt, wie Sie schon formulierten, um den Einstieg. Die entscheidenden Veränderungen werden mit den zwei Doppelhaushalten in dieser Legislatur erfolgen. Mal ganz abgesehen davon, dass man durch Wirtschaftswachstum noch lange keine Steuereinnahmen erzielt, wissen Sie ganz genau, geht Ihre Rechnung auch nicht auf. Indem Sie die Steuereinnahmen vollständig zur Senkung der Nettoneuverschuldung verwenden wollen, riskieren Sie die Stagnation der Entwicklung in Thüringen. Mit einem über Jahre hin gleich bleibenden Gesamtetat sorgen Sie schon wegen der notwendigen Angleichung der Gehälter an Westniveau und der weiterhin steigenden Zinsausgaben für eine unvermeidliche Kürzung der Ausgaben in den anderen Bereichen. Insbesondere die Investitionsausgaben und die Zuschüsse an Kommunen und freie Träger sollen aufgrund Ihrer Politik nach unserer Auffassung unverantwortlich gekürzt werden. So viele Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, können Sie mit Ihrer angeblich neuen Arbeitsmarktpolitik gar nicht schaffen, wie Sie allein auf diese Art und Weise riskieren. Und dazu vertiefen Sie die ohnehin gravierenden sozialen Probleme.

Meine Damen und Herren der CDU, Sie hängen noch immer der Fiktion an, durch Wirtschaftswachstum entscheidend die Arbeitslosigkeit senken zu können.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das klappt aber in Amerika. Das klappt wunderbar.)

Ich habe mich gefragt, wieso Sie immer und immer wieder dieser längst, übrigens wissenschaftlich widerlegten Behauptung aufsitzen. Es gibt eigentlich nur dann einen Sinn, wenn das Ziel Ihrer Politik ausschließlich darin besteht, Bedingungen für den ungehemmten Wettbewerb zwischen den Unternehmen zu schaffen und die Herausbildung gesellschaftlicher Eliten zu fördern. Wer als Arbeitsloser, Sozialhilfeempfänger, Obdachloser, Drogenabhängiger dabei den Sprung nicht schafft, der gilt als Versager, als Individuum, das seiner Eigenverantwortung nicht nachgekommen ist und für das sich deshalb Staat, Politik und Wirtschaft nicht so besonders zu interessieren brauchen. Dafür gibt es dann schließlich die freien Träger, die das entsprechende Auffangnetz zu organisieren haben. Insofern ist das, was Sie mit diesem Haushalt einleiten, tatsächlich der Einstieg in den Ausstieg, in den Ausstieg aus der sozialen Verantwortung.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Du lieber Gott.)

Denn Ihr Haushalt dient nicht der gezielten Schaffung aller Voraussetzungen für das Entstehen neuer Arbeitsplätze, sondern erreicht genau das Gegenteil. Und die Arbeitslosigkeit ist nun mal nach unserer Auffassung nach wie vor das gravierendste soziale Problem.

(Beifall bei der PDS)

Ihr Haushalt, meine Damen und Herren, zielt genau auf Ersparnis an den Stellen, wo es um diejenigen geht, die sich nicht mehr wehren können. Eine Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie sich zu den Kranken und Schwachen verhält. Das ist keine neue Weisheit und daran müssen auch Sie sich messen lassen.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: ...
Taten, nicht reden.)

Und der Schuldenstand, Herr Kretschmer, wächst ja dennoch weiter. Das können Sie selbst in Ihrer Mittelfristigen Finanzplanung nachlesen, deren optimistische Prognosen noch nie in den letzten Jahren eingetreten sind und so sicher wie das Amen in der Kirche auch in den kommenden Jahren nicht eintreten werden. Dass dies noch lange so bleiben wird, das findet sich eben in der Mittelfristigen Finanzplanung. Damit wir uns nicht falsch verstehen, auch die PDS-Fraktion redet nicht der Schuldenmacherei das Wort, auch unsere Änderungsanträge, und die kann man im Internet selbstverständlich ausführlich nachlesen, gehen von einer Senkung der Nettoneuverschuldung aus, allerdings von einer geringeren als von der Landesregierung vorgeschlagen. Aber wir wollen die 100 Mio. DM mehr dafür ausgeben, damit die Kommunen damit mehrere 100 Mio. DM, je nach Inanspruchnahme der Förderprogramme, investieren, dadurch zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen und nicht zuletzt erhebliche Investitionsdefizite bei der Sanierung von Kindertagesstätten und Schulen, von Sportstätten und Badeanstalten, bei der Wohnumfeldgestaltung usw. beheben. Dies scheint uns eher geeignet, die Einnahmesituation auf lange Sicht zu verbessern, anstatt das Land kaputtzusparen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren, Herr Kretschmer, zu einigen Aspekten der Einzelpläne: Wer geglaubt hat, eine CDU-geführte Landesregierung hätte sich bemüht, in Thüringen all die lautstark beklagten sozialen Einschnitte, die die rotgrüne Bundesregierung in den letzten Monaten beschlossen hat, im Sozialhaushalt zu kompensieren, war da wohl sehr optimistisch. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist schon schlimm, wie Sie Kürzungen in Bereichen vornehmen, wo das Nichtbereitstellen von ein paar Tausend Mark eine Kettenreaktion für Betroffene zur Folge hat. Zu nennen wären hier Kürzungen bei psychosozialen Beratungsstellen, bei betreutem Wohnen für psychisch Kranke, in Suchtberatungsstellen oder beim betreuten Wohnen für Suchtkranke, bei Erholungsmaßnahmen für Behinderte und nicht zuletzt bei Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen. Und Sie kennen die Probleme doch, meine Damen und Herren von der CDU. Herr Dr. Pietzsch, Sie werden sich wohl - er ist gar nicht da,

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Das ist einer von den Kranken.)

aber man kann es ihn ja fragen -, er wird sich wohl zumindest an das Wohnprojekt "Seele" in Suhl erinnern und an die Probleme, die es dort gibt. Beim Wegfall einer einzigen Beratungsstelle bzw. einer Beratungsfachkraft verlieren zig Thüringerinnen und Thüringer eine für sie lebensnotwendige Anlaufstelle; ganz abgesehen davon, dass die Fachlichkeit der Beratung und Betreuung bereits durch die Kürzung der letzten Jahre erheblich in Frage gestellt ist. Die unzähligen Briefe aus Vereinen und Verbänden in Bezug auf den Haushalt 2000 nehmen Sie offensichtlich nicht zur Kenntnis, obwohl ich weiß, dass einzelne Abgeordnete in solchen Projekten waren und die Probleme also doch vernommen haben müssten. Wir sind der Auffassung, dass gerade auf sozialem Gebiet schon heute nicht alle notwendige Arbeit getan wird und deshalb fordern wir auch weiterhin die Installierung von 800 zusätzlichen Feststellen für das Betreuungs- und Beratungsangebot im sozialen Bereich.

(Beifall bei der PDS)

Wir fordern den Ausbau von Qualität in diesem Bereich. Das Thüringer Sozialministerium konsolidiert seinen Haushalt zwar vorerst auf geringem Niveau, aber auch da zulasten der Schwachen in der Gesellschaft, es ist schon schlimm. Wir fordern also weiterhin die Installierung dieser 800 zusätzlichen Feststellen für dieses Beratungs- und Betreuungsangebot. Wir fordern den Ausbau von qualitäts- und bedarfsgerechten Betreuungs- und Beratungsstellen flächendeckend im Land. Übrigens ist die Haltung zu diesem Thema in den letzten Wochen von uns mit sehr großem Erstaunen aufgenommen worden, was die Damen und Herren der CDU betrifft. Am 16. Dezember haben Sie hier im Plenum unseren Antrag zu 800 Feststellen im Sozialbereich abgelehnt - wider Erwarten. Nur zwei Wochen später - für uns ein Wunder - meinte der Sozialminister in der "Osterländer Volkszeitung", auch im Sozialbereich müssten Dauerarbeitsplätze geschaffen werden. Und am 11. Januar plädierte auch Frau Arenhövel am runden Tisch der sozialen Verantwortung für Thüringen vehement für Feststellen im Sozialbereich. Nur, Frau Arenhövel und Herr Minister, wenn Sie das wollen, dann müssen Sie etwas dafür tun

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU)

und dann können Sie, wenn Ihnen unser Antrag vielleicht fehlerhaft erscheint, auch mit daran arbeiten und diesen Ihrer Meinung nach verändern. Oder wechseln Sie Ihre Ansichten je nachdem, welches Publikum gerade vor Ihnen sitzt?

(Beifall bei der PDS)

Sie könnten natürlich unserem Entschließungsantrag auch einfach zustimmen.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Um Himmels willen.)

800 Feststellen in diesem Bereich sind noch lange nicht das, was das Land braucht, aber immerhin.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine Bemerkung zu Ihrem Programm "50 Plus" machen, der Wunderwaffe Ihrer reformierten Arbeitsmarktpolitik. Wie die funktionieren soll, steht für Sie offensichtlich selbst noch in den Sternen. Zunächst warb die CDU im Landtagswahlkampf 1999 mit einem Programm für ältere Langzeitarbeitslose, dann kündigte der Ministerpräsident ein solches Programm in seiner Regierungserklärung im Oktober an und Minister Schuster gibt im Dezember eine Regierungserklärung zu diesem Programm ab - mehr hat er ja nicht gesagt. Inzwischen ist der Januar fast vorbei. Jetzt endlich fällt dem Minister auf, dass er überhaupt noch nicht weiß, was er eigentlich machen will, und er ruft erst einmal zum Ideenwettbewerb auf. Ich habe auch eine Idee für Herrn Minister Schuster: Lassen Sie die Schnellschüsse, durchdenken Sie Ihre Vorschläge vorher und überlegen Sie sich vielleicht auch vorher, wie Sie solche Luftnummern dann finanzieren.

(Beifall bei der PDS)

Im Dezember in der Haushaltsberatung war seitens des Ministeriums noch die Rede von 5 bis 10 Mio. DM, die für das ehrenamtliche Engagement von älteren Arbeitslosen eingestellt werden sollten; jetzt haben Sie gerade einmal 4 Mio. DM zusammengekratzt für diesen Titel. Und der Höhepunkt ist ja wohl der Änderungsantrag der CDU in Drucksache 3/268. Ende des Jahres 2000, wenn wir dann wissen, wie hoch die Einnahmen aus den Sportwetten sein werden, und demzufolge auch wissen, in welchem Umfang die Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände dann gekürzt werden können, werden garantiert ganz schnell zahllose ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch ihr ehrenamtliches Engagement honoriert bekommen. Wie und wann Sie mit den Bewilligungen der Zuschüsse überhaupt beginnen, weil man ja nicht weiß, wie viel Zuschüsse man bewilligen kann, wenn man vorher nicht weiß, wie viel man davon abziehen muss, bleibt ein Rätsel. Wir als PDS-Fraktion lehnen diese Art von Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements ab. Wir sind der Auffassung, dass vor allem ältere Arbeitslose ihre Bestätigung in der Gesellschaft finden, indem man ihnen einen ihrer Qualifikation und Erfahrung entsprechenden Arbeitsplatz zur Verfügung stellt. Sie wollen nicht mit 200 DM monatlich zu ihrem eventuell mickrigen Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe abgespeist werden und schon gar nicht auf so eine unsolide Art und Weise, wie uns jetzt vorgeschlagen wird. Die PDS-Fraktion unterstützt den Inhalt des Briefes des DGB, Referat Senioren, der alle Fraktionen in der letzten Woche erreichte und in dem gefordert wurde,

unbedingt im Jahr 2000 die Voraussetzungen für die Verabschiedung eines Ehrenamtsgesetzes zu schaffen, damit der Freistaat gut vorbereitet und vielleicht als Vorbild in das von der UNO proklamierte "Jahr des Ehrenamtes" 2001 gehen kann. Die PDS-Fraktion verspricht Ihnen, nicht locker zu lassen und im Jahr 2000 abermals einen Gesetzentwurf zum Ehrenamt einzureichen.

(Beifall bei der PDS)

Kommen wir, meine Damen und Herren, zu den Struktur Anpassungsmaßnahmen. Damit sind wir direkt bei einer politischen Konfusion seit der Landtagswahl, die in der Regierungserklärung von Minister Schuster zur Arbeitsmarktpolitik einen traurigen Höhepunkt hatte. Vorher waren die Träger von Struktur Anpassungsmaßnahmen wochenlang auf unverantwortliche Art und Weise im Unklaren gelassen und damit massiv verunsichert worden. Abgeordnete der PDS-Fraktion, und mit Sicherheit nicht nur die, haben zahlreiche Briefe von betroffenen Vereinen und Kommunen bekommen, aus denen hervorgeht, dass wegen der ungewissen Förderperspektiven bereits Ende Dezember 1999 etliche Beschäftigte aus SA-Maßnahmen entlassen werden mussten. Seitdem jagen sich amtliche, halbamtliche und inoffizielle Stellungnahmen aus dem Wirtschaftsministerium, die die Verunsicherung immer noch weiter treiben. Aber es sind die Träger von SA-Maßnahmen, insbesondere die im Sozialbereich, in der Jugend- und Altenhilfe und im Sport und die dort beschäftigten Menschen, meine Damen und Herren von der Landesregierung, die verunsichert werden und sich durch Ihre Politik ins Aus gedrängt sehen. Das betrifft, wie Sie wissen sollten, mehrere Tausend Menschen in ganz Thüringen. Anfang Januar äußerte sich Herr Minister dann in Interviews, die Förderung von SA-Maßnahmen werde bis Juni verlängert. Die Träger, die sich daraufhin an die für die Auftragsbearbeitung zuständige GfAW wandten, bekamen zu hören, Zeitungsmeldungen interessieren da niemanden und eine Anweisung aus dem Ministerium liege nicht vor. Außer einer billigen Medienente also nichts gewesen. Hoffen wir, dass die neuesten Verlautbarungen nun stimmen. Das ändert aber nichts an der Ideen- und Inhaltslosigkeit Ihrer neuen Arbeitsmarktpolitik. Herr Minister wurde durch die TLZ angesichts dieser Tatsache als "König ohne Kleider" bezeichnet: Gerade bei den SA-Maßnahmen zeigt er sich erschreckend nackt - vielleicht ist er deshalb heute nicht hier.

(Beifall bei der PDS)

Uns wäre es lieb, wenn er sich im Interesse der Betroffenen bald etwas anziehen würde; in diesem Fall darf es Markenware sein, die etwas länger hält.

Meine Damen und Herren, wenn ich im Zusammenhang mit meinen Ausführungen zur fehlenden sozialen Ausgewogenheit des Haushalts unsere Auffassung zum Einzelplan 08 dargestellt habe, dann lässt sich diese prinzipielle Aussage zum Landeshaushalt auch in den Einzel-

plänen 07 und 09 festmachen. Wenn die Landesregierung für den öffentlichen Personennahverkehr ein jährlich insgesamt sinkendes Zuschussvolumen einstellt, so z.B. ca. 8 Mio. DM weniger im Jahr 2000 gegenüber dem Jahr 1998, dann beeinflusst sie schon die Höhe der Tarife, von denen im ÖPNV-Gesetz ja von Sozialverträglichkeit die Rede ist. Und, Herr Minister, Ihre Aussagen, dass die Mittel für Beförderungsleistungen von Schülern und Auszubildenden steigen, verschärft einerseits nur den Defizitgleichgewicht für die Nutzer von Bus und Straßenbahn und stimmt auch nur gegenüber 1999, denn auch hier sind gegenüber 1998 Kürzungen von 12,5 Mio. DM vorhanden. Bei der Wahrheit sollte man nicht nur im Haushalt, sondern auch bei öffentlichen Aussagen bleiben und sich dabei vor Augen halten, dass die Personengruppen, die den öffentlichen Personennahverkehr in der Hauptsache nutzen, mit ihren Einkommen nicht dem Automatismus des Artikel 54 der Verfassung zur Diätenanpassung unterliegen.

(Beifall bei der PDS)

Gleiche Methoden des uninteressierten Abseitsstehens auch dieser Landesregierung mache ich bei der Finanzierung der Rohwasservorhaltung in den Talsperren aus. Die Bürger müssen über den Weg von der Talsperrenverwaltung zu den Fernwasserverbänden und von dort über die Zweckverbände letztlich 60 Mio. Kubikmeter Rohwasser bezahlen, obwohl nur 48 Mio. Kubikmeter benötigt werden. Sparsamer Nutzung der Ressource Wasser wird mit höheren Gebühren begegnet. Diese Situation wird sich mit der Fertigstellung der Talsperre Leibis, die nach aktueller Trinkwasserbilanz und unter Beachtung der vorhandenen und erkundeten Grundwasserreserven so überflüssig ist wie ein Kropf, weiter verschärfen. Nicht nur, dass die ehemalige CDU-dominierte Landesregierung den Parlamentsbeschluss zum Bau der Talsperre Leibis mit einem inhaltlich bedeutsamen Teil, nämlich der Umstellung der Berechnungsgrundlage von Abnahme- auf Verbrauchsmenge verknüpft, für deren Durchsetzung sie sich jetzt nicht mehr zuständig fühlt, nein, sie beteiligt sich auch nur mit einem seit Jahren gleich bleibenden Anteil bei der Finanzierung der Rohwassermengen, und das, obwohl immer bewusster mit dem Lebensmittel Trinkwasser umgegangen wird, Verschwendung eingeschränkt und der Verbrauch gesenkt wird.

(Beifall bei der PDS)

Die Zeche zahlen auch hier die Bürger und das ist wiederum ein Beweis sozialer Kälte.

Sehr verehrte Damen und Herren, Politik der PDS ist es, die Einhaltung von Grund- und Persönlichkeitsrechten für alle in Thüringen lebenden Menschen einzuklagen. Wir stehen für die Demokratisierung statt für Grundrechtsabbau. Der Beginn der Suche nach Legitimation zur Einschränkung eben dieser Rechte wird letztlich dazu führen, dass Grundrechte generell in der gesellschaftlichen

Auseinandersetzung an Gewicht verlieren. Damit verlieren sie auch ihre Schutzfunktion für Menschen gegenüber politischen Entscheidungen und gesellschaftlichen Strukturen. Die Folge wäre verheerend, weil damit charakteristische Prinzipien eines demokratisch verfassten Gesellschaftsmodells in Frage gestellt sind.

Wir sehen im Haushaltsentwurf der Landesregierung die zunehmende Bereitschaft, Befugnisse staatlicher Gewalt zuungunsten von Grund- und Persönlichkeitsrechten zu erweitern. Mit unseren Änderungsanträgen zum Einzelplan 03 wollen wir diesem politischen Kurs ein Stück weit entgegenwirken und gleichzeitig eine Debatte darüber initiieren, die wir mit parlamentarischen Initiativen und außerparlamentarischen Aktivitäten begleiten werden. Diese werden zum Gegenstand haben die Reduzierung der Größe des Landesamtes für den Verfassungsschutz und den gleichzeitigen Entzug der Mittel für geheimdienstliche Arbeit, den Verzicht auf geheimdienstliche Befugnisse der Polizei, Fragen der Erfassung und Speicherung der DNA-Identifizierungsmuster, die Beschränkung der Volks- und Wohnungszählung auf das erforderliche Maß an notwendigen Daten für eine Sozialplanung und Beratungsstellen für Ausländerinnen statt Abschiebung.

Meine Damen und Herren, ein paar kurze Bemerkungen zur EXPO: Mit Thüringer Steuergeldern unterstützt der Freistaat eine Veranstaltung, auf der die Zukunft der Menschen gezeigt werden soll. Aber gezeigt wird die Zukunft der Konzerne, die Zukunft von Atom- und Gentechnik; eine Zukunft, in der der Mensch zur Nebensache verkommt. Viele der Projekte, die als weltweite Projekte auch in Thüringen zu finden sind, dienen lediglich der Akzeptanzbeschaffung. Mit den von Ihnen in diesem Jahr geplanten Veranstaltungen helfen Sie mit, die Menschen von den wirklichen Problemen dieser einen Welt abzulenken.

(Beifall bei der PDS)

Wir schlagen deshalb vor, die nicht durch Verpflichtungsermächtigungen gebundenen Mittel für die EXPO zu streichen und stattdessen über einen neuen Haushaltstitel den ärmsten Ländern der Welt für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der PDS)

Dabei sind wir uns bei ihnen immer nicht so sicher, wo das Geld ankommt, und deshalb schlagen wir vor, die Vergabe dieser Mittel in Abstimmung mit dem Entwicklungspolitischen runden Tisch in Thüringen zu regeln.

(Beifall bei der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun zum Bereich, der mir und meiner Fraktion besonders am Herzen liegt, zum Bildungs- und Wissenschaftsbereich: Es

dürfte unbestritten sein, dass alles, was wir heute an Qualität ermöglichen, der Zukunft Thüringens zugute kommt. Da sind wir uns in diesem Haus wohl einig, denn so verstehe ich auch die Aussagen des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung und die des Kultusministers und der Wissenschaftsministerin im Haushalts- und Finanzausschuss. Aber, und da setzt meine Kritik an, mit langfristiger Personalpolitik, die auch die langfristig erforderliche Qualität an Thüringer Schulen gewährleistet, tut sich die Landesregierung schwer. Im Schulbereich wird ein Stellenabbau betrieben, der nicht durch den Schülerrückgang gedeckt war und ist. Die gegenwärtigen schmerzhaften und betroffene Eltern und Schüler beunruhigenden Resultate sind bekannt, ich nenne hier nur das Stichwort "Unterrichtsausfall". Längerfristige Folgen dürften für jeden vorstellbar sein. Wenig förderlich sind in meinen Augen Versuche, dieses Problem kleinzureden, z.B. dadurch, dass man meint, der Unterrichtsausfall läge im Durchschnitt anderer Bundesländer oder dass man über die Lehrplankonzeption Pufferzonen für Kompensation habe. Puffer gibt es schon, aber diese sind vor allem aus anderen Gründen geschaffen worden. Es müssen Lösungen her, damit nicht am Ende zukunftsorientierte Ausbildung der Schülerinnen und Schüler der Puffer ist, der dann noch dazwischen steht.

(Beifall bei der PDS)

Natürlich, meine Damen und Herren, gehen, beginnend seit dem Schuljahr 1997/98, die Schülerzahlen auch in den kommenden Jahren zurück, aber man kann eben keinen erkennbaren Zusammenhang zum Abbau der Lehrerstellen herstellen. Dieser Prozess ist wesentlich komplexer. Der Abbau der Lehrerstellen nach dem Abbauplan von 1995 erfolgte nicht entsprechend den demographischen Verhältnissen. Dies ist eine wesentliche Ursache für fehlende Reserven, die dazu dienen sollten, Unterrichtsausfall gar nicht erst entstehen zu lassen. Um solche Reserven zu haben, fordern wir die Schaffung eines Stellenpools beim Kultusministerium. Wenn in diesem Zusammenhang Klage über freie Stellen im Schulbereich und nicht vorhandene Bewerber geführt wird, sehe ich auch das als eine Folge verfehlter Personalpolitik an. Wir sind gern bereit, uns hier mit Lösungsansätzen einzubringen.

Zu den Hochschulen: Wenn sie tatsächlich Zukunftswerkstätten sein sollen, dann muss sich Thüringen dazu bekennen, bessere Bedingungen in Lehrerbildung und Forschung haben zu wollen. Dann kann es aber nicht sein, dass in der für Lehre und Forschung so wichtigen Ausgaben titelgruppe 71 zwar Einzeltitel erhöht, aber die Gesamtausgaben hier bei der Mehrheit der Hochschulen gekürzt werden. Mit unseren Änderungsanträgen wollten wir hier Abhilfe schaffen. Auch müssten die im Wintersemester durch den immensen Anstieg der Studienanfängerzahlen besonders betroffenen Hochschulen dringend notwendige Verbesserungen in ihrer Personalausstattung erfahren, weil sich die Personalausstattung der Thüringer Hochschulen auch bei steigenden Studierenden-

zahlen und angespannter Haushaltslage nicht verschlechtern darf, um sowohl kurz- als auch langfristig die anerkannt gute Qualität der Absolventen der Thüringer Hochschulen auch künftig zu gewährleisten, den Aufbau neuer Studiengänge und Studienrichtungen personell dort zu unterstützen, wo es aus eigenen Personalressourcen nicht oder nur unzureichend möglich ist, und die Qualifizierungsmöglichkeiten für den wissenschaftlichen Nachwuchs auszubauen.

Ich verweise auf eine Kausalkette, die sich mit einer aufgabengerechten Personalausstattung der Hochschulen verbindet. Sie ermöglicht bessere Betreuungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten und damit ein höheres Niveau an Ausbildung der Studierenden und des wissenschaftlichen Nachwuchses. Sie ist entscheidend für attraktive Hochschulen, die dann auch Zulauf von guten Abiturientinnen bekommen, die wiederum auch gute Absolventinnen werden können. Solche Hochschulen sind geschätzte Partner für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, ihre Möglichkeiten der Drittmittelerwerbungen verbessern sich, sie können auch die immensen Ausfälle von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in der Wirtschaft zumindest partiell kompensieren oder dies versuchen.

Meine Damen und Herren, im Kultur- und Kunstbereich im Freistaat Thüringen lassen sich im Moment zwei große Probleme benennen, die von allgemeinem Interesse sind:

Erstens hat die letzte Regierung der großen Koalition die Theater auf mittelfristige Sicht finanziell abgesichert. Für fünf Jahre, von 1999 bis 2003, gibt es Festbeträge seitens des Landes, die den Theatern und Orchestern über ihre Träger zur Verfügung gestellt werden. Unter diesen soliden Finanzausgaben lauern allerdings Probleme. Jährlich steigende Betriebsausgaben oder tarifliche Veränderungen im Personalbereich sowie Sozialplan- und Abfindungsausgaben bei Personalreduzierung müssen die Einrichtungen aus ihrem Etat selbst bestreiten. Die Theater Altenburg-Gera GmbH hat in diesem Jahr mit Beginn der neuen Spielzeit eine Mittelkürzung um 20 Prozent zu verkraften. Dies bedeutet Personalabbau in allen Sparten und Bereichen. Zurzeit ist noch nicht geklärt, ob und woher zusätzliche Mittel kommen könnten, damit ein vertretbares Maß an künstlerischer Substanz und Qualität gewahrt werden kann. In einem ADN-Gespräch erklärte kürzlich die Kunstministerin, die Thüringer Theater müssten ihren eigenen Weg finden. Sie wolle sich in die internen Diskussionen um die Zukunft der Theater nicht einklinken und ihnen auch keine Vorschriften machen. Sie setze auf die Kreativität der Künstler und Politiker. Angesichts der weit reichenden Probleme unserer Thüringer Theaterlandschaft ist es aus unserer Sicht aber dringend notwendig, das Thüringer Kunstministerium bei der Lösung dieser Probleme einzubeziehen.

(Beifall bei der PDS)

Auch nach Ablauf der bestehenden Verträge in zwei Jahren wollen wir von einer reichen Theaterlandschaft in Thüringen sprechen. Das schließt die Verantwortung zur Bereitstellung entsprechender Mittel, auch des Landes, ein.

Zweites Problem: Seit der CDU-Alleinregierung wird deutlich, dass die Soziokultur ihre Lobby verliert. Die Zuschüsse für sozio- bzw. breitenkulturelle Projekte werden im Landeshaushalt 2000 gekürzt. Es gibt kaum feste Arbeitsstellen in diesem Bereich und es besteht Unsicherheit bei Stellen im so genannten zweiten Arbeitsmarkt. Dadurch gehen Fachkompetenz und künstlerische Vielfalt verloren und um dies zu verhindern, muss unserer Ansicht nach die Stiftung Breitenkultur des Landes endlich ihre Satzung und vor allem Stiftungskapital erhalten.

(Beifall bei der PDS; Abg. Becker, SPD)

Meine Damen und Herren, neben einer Nachbesserung im Landeshaushalt erwartet die PDS die Sicherung eines Feststellennetzes für Projektmanager in diesem Bereich. Ich glaube, dass dies auch Auffassung der Kunstinministerin ist, aber man müsste erst etwas dafür tun.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss meiner Ausführungen auf die fortgesetzt stiefmütterliche Behandlung der Kommunen eingehen. Der Umfang des Kommunalen Finanzausgleichs, also die Höhe der Finanzausgleichsmasse, ist ein geeigneter Gradmesser dafür, welche Rolle und Bedeutung ein Land seinen Kommunen zukommen lässt, welchen Stellenwert letztlich Kommunalpolitik aus landespolitischer Sicht erhält. Die PDS hält eine Erhöhung der Finanzausgleichsmasse und strukturelle Veränderung des Kommunalen Finanzausgleichs für dringend erforderlich. Dabei ist auch berücksichtigt, dass die Kommunen bis 1994 anteilig wesentlich höher an den Landeseinnahmen beteiligt waren. Die ab 1995 vorgenommene anteilige Reduzierung wäre tatsächlich nur gerechtfertigt gewesen, wenn die kommunalen Steuereinnahmen zumindest in gleicher Größenordnung gestiegen wären. Die Statistiken widerlegen dies. Somit bleibt festzustellen, dass von den erheblichen Mehreinnahmen des Landes nahezu ausschließlich nur das Land selbst, nicht aber seine Kommunen profitieren. So stiefmütterlich darf ein Land mit seinen Kommunen nicht umgehen. Zu dieser Einschätzung kam übrigens auch der Deutsche Städtetag im Gemeindefinanzbericht. Die von uns geforderte ausgeglichene Verteilung der Landeseinnahmen zwischen dem Land und den Kommunen, wobei der Verteilungsmaßstab von 1994 durchaus ein Bewertungsmaßstab sein kann, wird sich nicht in einem Schritt herstellen lassen. Circa 800 Mio. DM müssen in diesem Fall den Kommunen jährlich mehr zur Verfügung gestellt werden. Wir schlagen deshalb eine schrittweise und moderate Erhöhung der Finanzausgleichsmasse vor. Im Haushaltsjahr 2000 geht es dabei um eine De-facto-Erhöhung von 100 Mio. DM und damit rund 2,5 Prozent. Eine analoge Erhöhung müsste

in den Folgejahren erfolgen. Letztlich muss darauf verwiesen werden, dass auch andere kommunale Probleme offenbar von der Landesregierung und der CDU-Fraktion nicht zur Kenntnis genommen werden. Ich möchte hier nur auf Probleme des Sozialhilfespitzenlastenausgleichs, den Vorwegausgleich für besonders steuerschwache Kommunen und die Probleme des interkommunalen Finanzausgleichs verweisen. Die kommunalen Spitzenverbände haben sich hier mit konkreten Vorschlägen an die neue Landesregierung gewandt, leider offensichtlich ohne Erfolg.

Wie so viele Hoffnungen sind auch die der Kommunen an die neue Landesregierung nicht erfüllt worden. Auch ein ehemaliges geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Thüringer Gemeinde- und Städtebundes in der Landesregierung konnte diesen bedauerlichen Zustand nicht verhindern.

Meine Damen und Herren, Sie alle dürften die Erfahrung gemacht haben, dass sich Politik nicht im luftleeren Raum vollzieht. Vergehen von Politikerinnen und Politikern im Amt, Korruption, Spenden von Waffenhändlern, Geldtransfers in schwarzen Koffern, Inanspruchnahme von nicht gedeckten Privilegien durch Politikerinnen und Politiker, Geldwäsche durch Parteien, wie Kartenhäuser zusammenstürzende Lügengebäude, die bewusste Verletzung des Parteienfinanzierungsgesetzes, Wahlkämpfe mit Mitteln aus dubiosen Quellen, all das hat die Menschen auch in Thüringen sehr sensibel gemacht für das, was in diesem Land passiert. Und, Herr Ministerpräsident, es ist beileibe nicht nur eine Krise der CDU, wie Sie meinen, es ist ein Schaden für die politische Kultur in diesem Lande insgesamt entstanden.

(Beifall bei der PDS)

Glauben Sie sich eigentlich selbst, wenn Sie beschwören, dass die niedrige Wahlbeteiligung zu den Landratswahlen im Saale-Orla-Kreis sich nur daraus erkläre, dass es sich um vorgezogene Wahlen handelte? Die Abkehr und das Desinteresse von Menschen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen, trifft alle demokratischen Institutionen, auch die anderen Parteien. Wenn denn also auch in Thüringen in den letzten Jahren wiederholt der Eindruck erzeugt wurde, dass mit öffentlichen Geldern verantwortungslos umgegangen wird, bei der Vergabe von Fördermitteln Inkompetenz und Schlamperei herrschen, in maßgeblicher Mitverantwortung des Landes Unternehmen in den Sand gesetzt und Arbeitsplätze vernichtet werden und nicht zuletzt die Meinungen der Menschen zu diesen Problemen nicht gehört werden, dann ist es höchste Zeit, jetzt endlich wirklich die nötigen Korrekturen einzuleiten. Eine solche Kurskorrektur, die auch die Abkehr von politischen Prestigeprojekten beinhaltet, wie z.B. in Thüringen Leibis, das vorgelegte Problem zum Landtagsneubau oder eben auch die Veränderung im Abgeordneten-gesetz in Bezug auf die Diätenerhöhung, eine solche Kurskorrektur würde unsere Unterstützung erhalten und

demzufolge auch ein Haushalt, der diese Kurskorrektur widerspiegeln sollte, der vorliegende allerdings nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Frau Abgeordnete Neudert. Meine lieben Kollegen, bevor wir die Debatte fortsetzen, möchte ich ehemalige Buchenwaldhäftlinge auf der Tribüne begrüßen.

(Beifall im Hause)

Herzlich willkommen im Thüringer Landtag.

(Rufe von der Tribüne, Zeigen eines Spruchbandes und Werfen von Flugblättern)

Da müssen wir jetzt eingreifen. Bitte verlassen Sie sofort die Tribüne, Sie wissen, dass es nicht gestattet ist, sich mit öffentlichen Äußerungen hier aufzuhalten. Könnten Sie da oben dafür Sorge tragen, dass die jungen Leute die Tribüne sofort verlassen.

(Erneute Rufe von der Tribüne)

(Unruhe im Hause)

Wir werden für einen Moment die Sitzung unterbrechen und dafür sorgen, dass hier wieder Ruhe und Ordnung eintritt.

Nachdem nun wieder Ruhe und Ordnung eingetreten ist - es gibt sicher andere Möglichkeiten, Proteste zu äußern -, möchte ich den nächsten Abgeordneten zum Rednerpult bitten. Herr Abgeordneter Höhn, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete - nachdem sich die Wogen nun - hoffe ich - wieder etwas geglättet haben -, vor gut zehn Wochen haben wir hier an gleicher Stelle das erste Mal über den Etatentwurf debattiert. Der Finanzminister verteidigte sein Werk, so wie es sich für einen Finanzminister gehört. Die Oppositionsparteien machten das erste Mal eindringlich auf die nach ihrer Auffassung vorhandenen Mängel des vorliegenden Plans aufmerksam, wie sich das für eine Opposition gehört. Und die CDU als Regierungsfraktion huldigte ihrem Kabinett, wie sich das ihrer Meinung nach auch gehört, auch wenn man es eigentlich selbst kritisieren müsste. Und dass Kritik angebracht war, haben die Haushaltsberatungen der letzten zehn Wochen bestätigt. Die meisten der in der ersten Lesung von der Opposition vorgebrachten Kritikpunkte lassen sich leider auch heute wieder anführen, da weder das Kabinett noch die CDU-Fraktion bereit waren, Hinweisen und Vorschlägen der Opposition unvoreingenommen zu folgen.

(Beifall bei der SPD)

Gestatten Sie an dieser Stelle einmal als einer der neuen Abgeordneten eine persönliche Bemerkung. Ich bin schon ziemlich erschrocken, wie hier in diesem hohen Hause verbal miteinander umgegangen wird. Ja, ja, vornehmlich von Ihnen, meine Damen und Herren von dem mittleren Block hier vor mir. Ich hätte Ihnen schon etwas mehr Souveränität im Umgang mit anderen Meinungsäußerungen im Plenum zugetraut. Ein Wahlsieger muss sich einem solchen Erfolg auch würdig zeigen und das habe ich bisher bei Ihnen vermisst. Da geht man in manchem Gemeinderat gesitteter miteinander um.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Kölbel, CDU: Das ist zu bezweifeln.)

Sicher, meine Damen und Herren von der CDU, Sie haben die absolute Mehrheit im Parlament, das ist Ihr Erfolg. Da baut sich schon ein gewisses Selbstbewusstsein auf. Das habe ich auch einmal erfahren dürfen. Aber, meine Damen und Herren, glauben Sie mir, ich sage Ihnen auch aus der Erfahrung, auch ein solches Gefühl geht irgendwann einmal vorbei und, ich glaube, Sie merken das jetzt schon.

(Beifall bei der SPD)

Sie, Herr Dr. Vogel, haben vor ein paar Monaten gestärkt durch das Wahlergebnis von der großen Verantwortung einer alleinregierenden Partei gesprochen und von der wichtigen Rolle der Opposition. Schöne Worte, denen im Parlament nur pure Überheblichkeit und Arroganz der Macht gefolgt ist. Es gibt leider keine anderen Begriffe dafür.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Die Abstimmungen im Haushalts- und Finanzausschuss zu den Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf und vermutlich auch nachher zu den Änderungs- und Entschließungsanträgen reißen sich ein in eine lange Liste von politischen Sündenfällen, bei denen es lediglich um die Zementierung der Macht und nicht immer um das Wohl des Freistaats Thüringen geht.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Mit großen pathetischen Worten hat der Thüringer Finanzminister bei seiner Einbringungsrede den Haushaltsplan 2000 gepriesen. Die gewählte Überschrift "Sparsamkeit und Perspektive" passt aber genauso wenig zu dem nun zu beschließenden Haushaltsplan wie die Worte "Einstieg in den Ausstieg aus der dauernden Schuldenaufnahme". Ich möchte Ihnen eine andere Überschrift vorschlagen: "Vieles versprochen, fast alles gebrochen!". Was ist denn mit der engeren Verzahnung von Wirtschafts-

und Arbeitsmarktpolitik? Außer dass Sie die Arbeitsmarktförderung nun im Wirtschaftsministerium angesiedelt haben, hat sich doch in diesem Bereich nichts, aber auch gar nichts zum Positiven verändert. Was ist denn mit dem groß angekündigten Programm "50 Plus"? Von den zweistelligen Millionenbeträgen, die Sie versprochen, werden vielleicht gerade einmal 4 Mio. DM im Plan stehen und 4 Mio. vielleicht noch in den Haushaltsvollzug fließen. Was ist denn mit dem angekündigten Sparkurs? Verschoben auf das nächste Jahr? In der FAZ, nun nicht gerade ein sozialdemokratisches Kampfblatt, war deshalb sogar in großen Lettern zu lesen: Selbst die Rotroten in Magdeburg sparen mehr als die Schwarzen in Thüringen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Die Aufzählung der uneingelösten Versprechungen ließe sich fortführen und wird sicherlich noch in den Beratungen zu den Einzelplänen im Anschluss fortgeführt.

(Zwischenruf Abg. Bergemann, CDU: Die einen reden vom Kaputtsparen und die anderen, wir geben zu viel aus.)

Meine Damen und Herren, da sind wir wieder bei der Souveränität. Bei alledem können Sie sich ja noch glücklich schätzen, dass überhaupt weniger Kredite aufgenommen werden als in den Vorjahren, ist viel weniger den eigenen Sparanstrengungen als den Segnungen des von Ihnen viel geschmähten Bundes und der EU zu verdanken.

(Heiterkeit bei der CDU)

Thüringen erhält im Jahr 2000 so viele Zuwendungen von Bund und EU wie seit 1994 nicht mehr, 190 Mio. DM mehr. Ich hatte den Eindruck, Sie wollten sie gar nicht annehmen, so wie Sie über den Bund hergezogen sind. Die im Herbst für 1999 verkündete Punktländerung bei den Steuereinnahmen wie auch die für 2000 erwarteten stabilen Steuereinnahmen, alles Ergebnis einer auch die Länderinteressen berücksichtigenden seriösen Finanz- und Steuerpolitik des Bundes, die Ihnen letztendlich noch einmal 200 Mio. DM mehr als im Vorjahr in die Kassen spült.

(Beifall Abg. Becker, SPD)

Ich mache Ihnen noch eine weitere Rechnung auf. Sie haben die Arbeitsmarkttitel um ca. 40 Mio. DM reduziert. Wie geschickt Sie das verpackt haben, decke ich Ihnen auch noch auf. Und Sie haben durch Auflösung der aus dem Jahresabschluss 1998 resultierenden Rücklage weitere 50 Mio. DM mit in diesem Haushalt verfrühstückt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Da können Sie mal sehen.)

Und Sie haben entgegen Ihrer öffentlichen Behauptung, es gäbe sie diesmal nicht, doch eine Globale Minderausgabe in Ihrem Trickkistenrepertoire, 10 Mio. DM nur, aber

hübsch verpackt als Ausgabenminderung bei den sächlichen Verwaltungsausgaben. Und Sie haben vor, ein weiteres Stück Tafelsilber des Landes Thüringen zu verscheln. Ja, Herr Trautvetter, Sie verkaufen Landesbeteiligungen in Höhe von 78 Mio. DM, immerhin schlappe 70 Mio. DM mehr als im Vorjahr. Wenn die sehr eng kalkulierten Personalkosten nicht reichen, dann gibt es ja immer noch die allseits beliebten ÜPL.

Summa summarum, meine Damen und Herren, und hören Sie genau zu, ergibt das einen Spielraum von 560 Mio. DM, der Ihnen im Vergleich zum Vorjahr mehr zur Verfügung steht. Wie war das mit der reduzierten Kreditaufnahme? Habe ich da die Zahl 240 Mio. DM gehört? Meine Damen und Herren, alles ist also doch relativ, nämlich relativ bescheiden, was Sie da als Ihren großen Sparhaushalt bezeichnen. Wenn dann noch der Fraktionsvorsitzende Althaus gar von der erstmaligen Rückführung der Kreditfinanzierungsquote spricht, also da frage ich mich ernsthaft, ob nicht zu viel Selbstbewusstsein doch das Beurteilungsvermögen etwas beeinträchtigt.

(Beifall bei der SPD; Abg. Kummer, PDS)

Ein Blick in vorangegangene Pläne und Statistiken hätte Ihnen gezeigt, dass vor 1994, als Sie noch mit der Dreipunktepartei regierten, auch 1995, wo die SPD mit in die Regierung eingetreten ist, die Kreditfinanzierungsquote von fast 24 Prozent auf 8 Prozent gesunken ist. Selbst wenn man das noch der Einbeziehung der neuen Länder in den Länderfinanzausgleich geschuldet sieht, wurde doch die Quote von 1996 auf 1997 immerhin auch von fast 10 Prozent auf 8,5 Prozent reduziert. Wenn es dazwischen anders war, dann hätten Sie mal Ihren damaligen Bundesfinanzminister Theo Waigel fragen sollen. Also, Herr Althaus, lassen Sie die Kirche bitte im Dorf. Als Eichsfelder müsste Ihnen doch daran gelegen sein.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie hatten halt ein Problem. Was hätte man an diesem Haushalt als Erfolg denn verkaufen können, wenn man nicht diese Berliner und Brüsseler Unterstützung gehabt hätte? Eigentlich gar nichts.

Meine Damen und Herren von der CDU, eines muss man Ihnen aber dennoch lassen. Sie haben es in den vergangenen Monaten zu einer gewissen Perfektion gebracht, alle für Thüringen wichtigen und positiven Berliner Entscheidungen als eigenen Erfolg zu verbuchen und alle negativen Entwicklungen im Land der Bundesregierung zuzuschreiben. Das Verkaufen des Geldregens aus Bonn und Brüssel in der Öffentlichkeit als eigene Sparleistung gehört dazu.

(Beifall bei der SPD)

Als sich im Frühjahr die Export- und Konjunkturaussichten wegen der Finanzkrisen in Russland, Asien und

Lateinamerika verschlechterten, da war die Bundesregierung an allem schuld. Und als sich die Konjunktur im Herbst wegen verbesserter Rahmenbedingungen unter anderem auch wegen geringerer Lohnnebenkosten wieder erholte, da musste erst das Ende der zuerst negierten Krisen herhalten oder aber auch der Ausgang der Wahl in Thüringen, der ja angeblich schon drei Wochen nach dem Wahltag positive wirtschaftliche Impulse freigesetzt hatte.

(Beifall bei der SPD)

Es artet mitunter schon zu einem Possenspiel aus, wie sich der Thüringer Wirtschaftsminister und die gesamte Landesregierung mit positiven Wirtschaftsdaten beweihräuchert. Die Thüringer Landeszeitung, die bestimmt nicht im Verdacht steht, besonders von der SPD gesponsert zu werden, bemerkte am 6. Januar, ich zitiere: "Steigen die Arbeitslosenzahlen so wie gestern, so sind immer die anderen Schuld. Wahlweise der Bund, der die Reformen nicht schnell genug verwirklicht oder Arbeitsmarktprogramme auslaufen lässt. Gibt es Gutes zu vermelden, windet Herr Schuster sich und der Landesregierung einen Lorbeerkranz und plustert sich bei Erfolgsmeldungen regelrecht auf. Nur, mit dieser Argumentation nimmt ihn schon lange keiner mehr ernst." Diesem Zitat ist, glaube ich, nichts mehr hinzuzufügen.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Die wesentlichen gesetzgeberischen Kompetenzen mit Einfluss auf die Rahmenbedingungen für Wachstum und Konjunktur liegen nun einmal beim Bund. Das muss man aber auch dann eingestehen, wenn der politische Konkurrent dort das Sagen hat und sich eine positive Entwicklung andeutet, so wie zurzeit. Und mit dem Zukunftsprogramm 2000 hat die Bundesregierung, allen voran der Bundesfinanzminister Hans Eichel, ihre Pflicht getan, so wie sich das für eine verantwortungsvoll agierende Regierung gehört. Eichel hat das gemacht, wovon Sie, Herr Trautvetter, nur reden, er hat Gestaltungsräume geschaffen.

(Beifall bei der SPD)

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, er heißt Norbert Walter, bezeichnete es als überfälliges Stoppschild nach einer langen Blindfahrt in den Schuldenstaat. Nun raten Sie mal, wer die Binde mit den drei Punkten getragen hat? Für uns in Thüringen ist wichtig, trotz des Sparpakets fließen im Jahr 2000 fast 3 Mrd. DM mehr Bundesmittel in die neuen Länder und damit auch nach Thüringen als im letzten Jahr der Kohlregierung mit der aus wahltaktischen Gründen aufgeblähten Arbeitsförderung. Mit der Vorstellung ihrer Unternehmenssteuerreformpläne hat die Bundesregierung schließlich kurz vor Weihnachten ein wahres Kursfeuerwerk angezündet. Der DAX stieg dabei auf nie gekannte Höhen. Eine bessere Referenz als den Aktienmarkt für diese Reform gibt es nach meiner Ansicht nicht. Insgesamt 75 Mrd. DM Nettoentlastung bis zum Jahr 2005 und, was diese Reform außer-

dem noch positiv von allen Steuerreformplänen der Union unterscheidet, sie ist insbesondere durch das umgesetzte Sparpaket seriös gegenfinanziert. So schafft man verlässliche Perspektiven für mehr Investitionen. Der Reformstau der Ära Kohl ist zu Ende, die SPD handelt und sitzt nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Viel haben die Unionsparteien ja bisher zur rotgrünen Unternehmenssteuerreform nicht verlautbaren lassen. Eigene finanzierbare Vorschläge sind Mangelware. Auch von Ihnen, Herr Trautvetter, haben wir, abgesehen vom wirklich schon abgelutschten Vorschlag, die steuerlichen Bemessungsgrundlagen zu verbreitern, nichts Konstruktives gehört. Machen Sie doch mal deutlich, was Sie darunter verstehen. Etwa auch die Abschaffung der Steuervergünstigung für Nacht- und Wochenendzuschläge wie manche Ihrer Parteikollegen? Statt realisierbare Vorschläge zu unterbreiten, wird nun krampfhaft das Haar in der Suppe gesucht. Die immer wieder, auch von Ihnen, Herr Trautvetter, vorgebrachte angebliche Benachteiligung von Personengesellschaften wird es bei der bevorstehenden Reform nicht geben - die Durchschnittsbelastung bei der Einkommenssteuer steigt erst bei einem zu versteuernden Einkommen ab 200.000 DM für Ledige und 400.000 DM für Verheiratete über die 38 Prozent, die für Körperschaftssteuer inklusive der Gewerbesteuer vorgesehen ist -, zumal zwei Drittel aller Personenunternehmen wegen des Gewerbesteuerfreibetrags sowieso keine unternehmensbezogenen Steuern bezahlen. Sagen Sie mir doch, Herr Trautvetter, wie viele Thüringer Handwerker, Händler oder andere Gewerbetreibende haben ein zu versteuerndes Einkommen von 200.000 bzw. 400.000 DM. Ich halte das Ganze für eine Phantomdiskussion. Es geht Ihnen und Ihren Parteifreunden gar nicht um den kleinen Handwerksmeister, sondern um die Entlastung einer kleinen Gruppe von Spitzenverdienern.

Sehr geehrter Herr Trautvetter, es kommt jetzt eine Stelle in meiner Rede, da muss ich Ihnen auch mal Recht geben. Das kommt auch vor. Sie haben in Ihrer Einbringungsrede gesagt: "Der Haushalt des Freistaats Thüringen muss auch vor dem Hintergrund der politischen Entwicklungen auf der Bundesebene und den Rahmenbedingungen in Europa gesehen werden." Ja klar, kann man da nur sagen. Es freut mich, feststellen zu können, dass mit der neuen Bundesregierung erstmals seit langem wieder steuer- und finanzpolitische Seriosität den Vorrang hat. Bessere Rahmenbedingungen hatten Sie noch nie.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine letzte Bemerkung zu diesem Thema. Sie sprachen im November im Zusammenhang mit Diskussionsprozessen innerhalb der Bundesregierung von finanzpolitischen Chaostagen in Berlin. Abgesehen davon, dass ich Ihre Meinung auch wegen des zuvor Gesagten überhaupt nicht teile, sind mir innerparteiliche Meinungsbildungs-

prozesse immer noch lieber, als gekaufte Loyalitäten.

(Beifall bei der SPD)

Der Thüringer Landeshaushalt muss sich in die bundespolitischen und europäischen Rahmenbedingungen einpassen, das sagte ich schon. Er muss aber vor allem die regionalen Erfordernisse berücksichtigen und die politischen Antworten auf die vielen Fragestellungen im Lande beinhalten. Dazu gehört insbesondere eine Antwort auf die Frage: Wie können die richtigen Impulse gegeben werden, um die wirtschaftliche Lage des Landes zu entwickeln, bei gleichzeitiger Abfederung der Umstrukturierungsprozesse? Wie können möglichst alle Menschen in den Prozess fortwährender Veränderungen integriert werden, auf dass sie nicht auf der Strecke bleiben? Es muss das gemeinsame Ziel des Parlaments sein, die richtigen Antworten zu finden. Im Streit der unterschiedlichen Meinungen soll die beste Lösung gefunden werden und nicht das unselige Modell, nach der eine Partei immer Recht hat.

(Beifall bei der SPD)

Der vorgelegte Haushaltsentwurf der CDU-Regierung ist streitbar, sicher. Nicht umsonst hat es über 200 Änderungsanträge gegeben. Leider hat sich die CDU nicht auf einen für die Sache fruchtbaren Streit eingelassen. In einer geradezu beängstigenden Gleichmütigkeit wurde im Haushalts- und Finanzausschuss alles niedergestimmt, was niederzustimmen ging. Ich befürchte, dass dies im Anschluss an die Debatte bei der Abstimmung der Änderungs- und Entschließungsanträge zum Haushalt genauso sein wird.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das werden wir ja sehen.)

Ich hatte allerdings hin und wieder den Eindruck, dass durchaus richtige Anträge nur von der falschen Fraktion gestellt worden sind. Warum, meine Damen und Herren von der CDU, haben Sie eigentlich solch eine Angst davor zuzugeben, dass auch die Opposition gute Einfälle hat. Sie haben doch die Weisheit nicht für sich gepachtet. Machen Sie sich doch die Mühe, sich mit den Änderungsanträgen einmal wirklich ernsthaft auseinanderzusetzen. Wir sagen ja auch, der vorgelegte Haushalt ist nicht grundsätzlich in Grund und Boden zu stampfen.

Zu sehr ist auch unsere, die Handschrift der SPD, immer noch zu erkennen. Wie sonst ist zu erklären, dass Sie grundsätzliche strukturelle Änderungen nicht oder nur in geringem Maße vorgenommen haben. Viele Intentionen teilt ja die SPD. Die Zielrichtung, hohe Investitionen bei Reduzierung der Kreditaufnahme wird auch von uns begrüßt. Der Haushaltsentwurf aber, so wie er unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vorliegt, hat dermaßen Ecken und Kanten, die es der SPD dennoch nicht gestatten, dem Plan in dieser Form zuzustimmen, das nehme ich mal vorweg.

Die SPD war in der vergangenen Legislaturperiode in der Regierungskoalition der Garant dafür, dass die soziale Balance im Haushalt gewahrt wurde. Zunehmend ist aber zu merken, dass es dieses soziale Regulativ einfach in der Regierung nicht mehr gibt. Dieser Haushalt ist ein Indiz dafür, aber auch die undifferenzierten Äußerungen in der Mittelfristigen Finanzplanung, dass es, ich zitiere: "Leistungsgesetze gibt, deren Anspruchsbasis ausgeüfert ist", tragen zu diesem Urteil bei. Auflösen wollte der Finanzminister diese Sprechblase nicht. Ich denke aber, spätestens nach den Landrats- und Oberbürgermeisterwahlen wird die Katze aus dem Sack gelassen. Wir beklagen das fehlende Fingerspitzengefühl bei der Erstellung und Wahrung der sozialen Balance des Haushalts. Die Änderungsanträge der SPD zielen deshalb genau hier auf Reparaturen im sozialen Bereich ab. Angesichts einer nach wie vor hohen Arbeitslosenquote ist es nun mal geboten, die Arbeitsmarktförderung auf ähnlich hohem Niveau wie in den Vorjahren zu halten und nicht durch die kalte Küche einfach über 40 Mio. DM vom Kuchen abzuknapsen. Geschickt verpackt haben Sie ja die Kürzungen, Herr Trautvetter, indem Sie bisher separat veranschlagte Programme einfach in die Arbeitsmarkttitel aufgenommen haben. Summiert man diese drei Titel und vergleicht diese mit der Zahl des Vorjahres, ergibt sich eine Reduzierung von nur 9,5 Mio. DM. Ja, was wollt ihr denn - könnte man da sagen -, das ist doch zu verkraften. Aber, meine Damen und Herren, das ist ja das Perfide an dieser Argumentation, jetzt werden zwei Programme der beruflichen Bildung, die vorher separat veranschlagt waren, aus den drei Arbeitsmarkttiteln mitfinanziert; über 42 Mio. DM macht das aus. Zudem wird Ihr Lebenswerk, das Programm "50 Plus", im Übrigen auch so ein Ballon, den Sie mit sehr viel Getöse aufgeblasen haben, um ihn dann ganz leise platzen zu lassen,

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Gestiegen ist er nicht.)

aus dem Programm "Arbeitsförderung Ost" mitfinanziert über einen Zufließvermerk von immerhin 4 Mio. DM. Sie haben dann noch die Gelder für die Jugendpauschale in Höhe von 18 Mio. DM separat veranschlagt, das soll auch nicht verschwiegen werden. Rechnet man das gegen, kommt letztendlich die schon erwähnte Summe von ca. 40 Mio. DM heraus, um die Sie die Arbeitsmarktförderung in Thüringen erleichtert haben. Interessant ist vor allem Ihre Begründung für die Mittelreduzierung, mit der Sie Ihre bisher immer verbreiteten Halb- und Unwahrheiten über die angeblichen Kürzungen des Bundes selbst ad absurdum führen; das Geld wechselt nur den Zuwendungsgeber. Der Bund legt nun das JOB-Programm auf. Vollkommen richtig, dass der Bund zusätzliche Arbeitsmarktprogramme auflegt; man höre, auch im Jahr 2000 trotz 30 Mrd. DM weniger Kreditaufnahme im Bereich der Arbeitsmarktförderung 2 Mrd. DM mehr bereitstellt als die abgehalfterte Kohl-Regierung. Übrigens, wenn es nach der CDU/CSU-Opposition im Bundestag gegangen wäre, stünde diese Summe noch nicht einmal

den neuen Ländern zur Verfügung, denn der einzige Deckungsvorschlag der CDU/CSU im Bundestag zielte auf eine Reduzierung der Mittel für die Arbeitsförderung ab.

(Beifall bei der SPD)

Wie gesagt, soziales Fingerspitzengefühl ist Ihre Stärke nicht, meine Damen und Herren von der CDU, wie sollte man sonst die Kürzungen zulasten der Arbeitslosen und sozial Schwachen werten.

Die SPD hat in die Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses 92 Änderungsanträge mit einem Gesamtumfang von ca. 119 Mio. DM eingebracht. Alle Anträge waren solide gegenfinanziert. Auch die SPD schloss in ihren Anträgen eine höhere Kreditaufnahme als die bisher vorgesehene aus und auch die Investitionsquote wurde nur marginal beeinflusst. Bei einem Deckungsvorschlag der SPD, nämlich der Einsparung von 20 Mio. DM bei den sächlichen Verwaltungsausgaben - ja, genau dort, wo Sie Ihre schön verpackte Globale Minderausgabe untergebracht haben -, da sah ich doch im Ausschuss so ein merkwürdiges Zucken in so mancher CDU-Hand. Trotzdem fanden nur drei nicht finanzrelevante Änderungsanträge der SPD auch die Gnade der allein regierenden Partei. Die Aufstockung der Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt, die die SPD durch diese Einsparungen bei den Sachkosten in der Landesverwaltung in Höhe von 20 Mio. DM finanzieren wollte, wurde abgelehnt. Das ist nicht nur unverständlich, sondern, wenn im gleichen Atemzug Verpflichtungsermächtigungen von 115 Mio. DM für einen überflüssigen Landtagsneubau veranschlagt werden, dann ist das eine Verhöhnung all derer, die auf den zweiten Arbeitsmarkt angewiesen sind, weil sie auf dem ersten kaum noch Chancen haben.

(Beifall bei der PDS, SPD)

115 Mio. DM hat die CDU für die eigenen Repräsentationszwecke übrig, für die sprichwörtliche Zementierung der Macht, während in vielen Schulen und Sportstätten nach wie vor untragbare Zustände herrschen. Ja, wo leben wir denn, brauchen Sie schon jetzt Ihr eigenes Denkmal?

(Beifall bei der PDS, SPD)

Was mit Denkmälern passiert, das sehen Sie ja momentan in Ihrer eigenen Partei selbst. Sie zerstören sich selbst und gehen unter in dem Sumpf, den Sie selbst geschaffen haben. Wie weit muss man bereits weg von den Realitäten sein, wenn man einem solchen Antrag zustimmt. Übrigens, Sie dürfen namentlich zustimmen, weil wir den Antrag in dieser Form einbringen werden.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich hätte mir gewünscht, dass Sie dem Beispiel Ihres verehrten Kollegen Biedenkopf gefolgt wären.

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall bei der PDS, SPD)

Nicht nur, weil der sich von Kohl distanziert hat,

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: So ein Unfug.)

(Zwischenruf Abg. Jaschke, CDU: Das ist doch blanker Unsinn.)

nein, der alle aus Sachsen Stammenden für das Bundesprogramm "InnoRegio" entwickelten Projekte mit einem eigenen Landesprogramm fördern will.

(Beifall bei der SPD)

Ein Signal, das es auch aus Mecklenburg-Vorpommern gibt. Aber wir haben es wieder, weil die SPD und nicht der Herr Wirtschaftsminister die Idee für ein aus EFRE-Mitteln finanziertes Landesprogramm "InnoRegio" hatte, schmeißt man lieber den Spaßbadinvestoren weiterhin das Geld hinterher. Der SPD-Vorschlag, in den nächsten vier Jahren über 30 Mio. DM für Projekte bereitzustellen, die im Rahmen des Bundeswettbewerbs "InnoRegio" entwickelt wurden, steht dann noch einmal zur namentlichen Abstimmung.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich glaube immer noch an das Gute im Menschen,

(Unruhe bei der CDU)

halten Sie es mit Ihrem Parteifreund und ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, geben Sie sich einen Ruck und stimmen Sie diesem Programm zu. Es ist sicherlich ein Programm aus Ihrer, aus Ihrer und da hinten auch aus Ihrer Region dabei.

Die SPD-Fraktion hat bei der Einbringung des Haushalts kritisiert, dass die Mittel für die wirtschaftsnahe Forschung gekürzt worden sind. Wir sehen uns in unserer Kritik durch die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses durchaus bestätigt, die jetzt zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen für diesen Bereich enthält. Es ist schon nicht leicht, Frau Prof. Schipanski, wenn man in der CDU über keine Hausmacht verfügt und dazu noch neu im Amt ist. Da passiert es schon mal, dass auf Druck der Opposition nachgebessert werden muss wie übrigens auch beim Kunstfest in Weimar, das schlicht und einfach zusammengestrichen worden war. Leider wurde der SPD-Antrag abgelehnt, dem Kunstfest durch die Veranschlagung von Verpflichtungsermächtigungen eine längerfristige Perspektive zu geben. Es steht aber konsequenterweise im Anschluss erneut zur Abstimmung, Sie können es sich ja noch einmal überlegen. Kunstfest und Forschungsförderung waren ja noch Probleme, die halbwegs gelöst werden konnten, wie Sie jedoch Ihr Personalkostenbud-

get einhalten wollen, Frau Professor, ist mir ein Rätsel. Die Personalkostenansätze in weiten Teilen einfach übergewälzt ohne die 99er Tarifsteigerungen um über 3 Prozent zu berücksichtigen, das hat es in diesem Hause unter dem Vorgängerminister nicht gegeben und das gibt es übrigens auch in keinem anderen Ressort Ihrer Kollegen im Haushalt 2000. Mit einer solchen Veranschlagungspraxis kommen wir dem Ziel, die überplanmäßigen Ausgaben zu reduzieren, nicht näher. Den Ärger mit den Hochschulen und Universitäten, den haben Sie. Die CDU-Anträge sind in ihrer großen Mehrheit nichts anderes als die Korrektur von Veranschlagungsfehlern. Dort, wo das einmal nicht der Fall war, wurde auf Kritiken der Opposition reagiert wie bei der Sportstättenförderung, die auf Druck der SPD nun um 2 Mio. DM erhöht wird. Aber auch bei den Schulcomputern, Herr Dr. Krapp, mit einer Mittelkürzung um 50 Prozent, 5 Mio. DM, beginnt man keine Multimediaoffensive. Es wäre besser gewesen, erst einmal den technischen Grundstock zu erhöhen, bevor man eine fragwürdige Leasingfinanzierung auflegt. Sie haben es im Ansatz korrigiert, aber es ist deshalb auch nur der Ansatz einer Lösung.

Meine sehr geehrten Kommunalpolitiker innerhalb der CDU-Fraktion, da soll es ja doch einige geben, wie wollen Sie den Bürgern im Lande erklären, dass Ihre Fraktion sich einer zinslosen Stundungsregelung der Straßenausbaubeiträge verweigert, obwohl eine solche Regelung für leitungsggebundene Einrichtungen sich bereits bewährt hat? Auch wenn die Mittel aus dem bestehenden Programm für die zinslose Stundung bisher nur zögerlich abgerufen wurden, das Programm ist erfolgreich und es wird erfolgreich. Das Problem ist, dass bisher leider nur zurückhaltend die erforderlichen Beiträge erhoben werden. Aber dort, wo erhoben wird, ist das Programm eine echte Hilfestellung für die betroffenen Bürger, aber auch für die Verantwortlichen, die diese unpopulären Maßnahmen durchziehen müssen. Genau dies wünscht sich die SPD auch für die Straßenausbaubeiträge, das Problem ist das gleiche. Warum gleich gelagerte Fälle unterschiedlich behandeln, wenn sogar die Deckung für diesen Fall vorhanden ist? Auch hier ist Ihre fundamental ablehnende Haltung einfach nicht nachvollziehbar. Aber das erklären Sie den Bürgern bitte schön selbst, Sie sind ja sonst so volksnah. Es ist unstrittig, dass die Kommunen im Land zu den Hauptinvestoren gehören. Mit den kommunalen Investitionen werden Tausende Arbeitsplätze, insbesondere im Bereich des Handwerks und des Mittelstandes, gesichert, aber in vielen Fällen kommen aufgrund finanzieller Not die Investitionen zum Erliegen. Fördermittel fließen nicht ab, weil die Eigenanteile nicht aufgebracht werden können. Linderung dieses Zustands verspricht sich die SPD wie in den vergangenen Jahren durch eine Neuauflage der kommunalen Investitionspauschale. Ich gebe zu, dass die vorgeschlagene Deckung aus eventuell zu erwartenden Steuermehreinnahmen etwas spekulativ ist, wie es der Herr Finanzminister im Ausschuss bemerkte, aber lieber spekulativ helfen wollen, als die Kommunen im Regen stehen zu lassen. Lieber am Ende

eines Jahres wissen, was man im kommenden Jahr mehr an Geld zur Verfügung hat und dies den Kommunen auch zugute kommen lassen, als die Dinge in dieser Hinsicht einfach schleifen zu lassen. Wir sagen, sollte die positive wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr in Thüringen zu zusätzlichen Steuereinnahmen führen, sollen nach dem Willen der SPD am Jahresende 60 Mio. DM in Form einer Investitionspauschale außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs an die Kommunen gezahlt werden.

(Beifall bei der SPD)

Lieber spekulativ helfen wollen, ich sage es noch einmal, diesmal in Richtung PDS,

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Jawohl!)

als mit einer Erhöhung der Kreditaufnahme. Überhaupt, ich bin gerade von Ihren Deckungsvorschlägen mehr als enttäuscht. 100 Mio. DM mehr Kredit, mit 26 Mio. DM Kürzung die LEG dem Untergang weihen und bei gleichzeitiger Abschaffung des Verfassungsschutzes und der Gen-Analysen das Bußgeldaufkommen drastisch zu erhöhen, sozusagen die schweren Jungs unbehelligt lassen und dem gemeinen Autofahrer - man verzeihe mir den Ausdruck - das Geld aus der Tasche ziehen, meine Damen und Herren von der leider größten Oppositionspartei, damit kann man im wahrsten Sinne des Wortes keinen Staat machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte Ihnen mehr Haushaltsseriosität an dieser Stelle zugetraut. Aber, freuen Sie sich nicht zu früh,

(Heiterkeit bei der CDU)

ein seltsames Demokratieverständnis hat die CDU im Haushalts- und Finanzausschuss gegenüber dem Antrag der SPD an den Tag gelegt, als es darum ging, einen Fördertitel für Maßnahmen zur Verbesserung des Demokratieverständnisses einzurichten. Da im Jahr 1999 ein Landeswettbewerb dazu durchgeführt wurde, sieht es die SPD als sinnvoll und notwendig an, nun auch Gelder für die Auswertung bereitzustellen. Die Frage im Haushalts- und Finanzausschuss, ob es sich dabei um ein Programm der Exministerin Ellenberger handelt, entlarvt sich selbst und zeigt, dass der Fragesteller eigentlich der erste Zuwendungsempfänger aus diesem Programm sein müsste.

(Heiterkeit bei der PDS)

(Beifall bei der SPD)

Mein Kollege Dr. Pidde hat mit seinen fünf Jahren Landtagserfahrung bestimmt schon an die Tausend Haushaltsanträge gesehen. Unseriöse Deckungen wurden in der Vergangenheit wie auch jetzt immer von der PDS vorge-

schlagen. Aber dass die Regierungsfraktion einen derart unsolide finanzierten Antrag wie den zu den Stellenhebungen im Bereich der Polizei einbringt, das hat es hier noch nicht gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat sich mit ihrem Antrag für 75 Stellenhebungen im Bereich der Polizei wenigstens noch die Mühe gemacht und eine Deckung gesucht. Die CDU macht es sich dagegen einfach und verweist auf das Budget. Auch hier haben Sie, meine Damen und Herren, doch nur auf eine entsprechende SPD-Forderung reagiert und dazu noch einen Schaufensterantrag abgeliefert,

(Beifall Abg. Schemmel, SPD)

denn, wie sagte Herr Dr. Zeh so schön zur Begründung: "Es ist ja nur eine Ausgabeermächtigung und keine Verpflichtung." Übersetzt heißt das, dass die zusätzlichen 100 Stellenhebungen im Haushalt vermutlich gar nicht kommen. Deswegen mache ich Ihnen einen Vorschlag:

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Gut und viel.)

Sie stellen sicher, dass das Geld für Ihre zusätzlichen 100 Hebungen aus dem Budget erwirtschaftet wird und nehmen die 75 Hebungen der SPD hinzu, denn die sind ja gegenfinanziert. Den Nutzen, den haben die Motivationen der Polizisten und letztendlich auch damit der Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Antrag wird nur noch durch einen Antrag aus dem Bereich der Justiz übertroffen, der den Rechtskundeunterricht an Schulen betrifft. Ich glaube, es gibt niemanden, der das nicht will, aber seit Monaten reist nun Herr Dr. Birkmann, bildlich gesprochen, als ob er ein riesiges Ei in die Welt setzen will, und wie macht er das, hören Sie genau zu, er bildet, jawohl, er bildet einen Leertitel dafür. Respekt und alle Achtung, Herr Dr. Birkmann, eine solch riesige Pressekampagne, um einen Leertitel anzukündigen, das hat vor Ihnen wirklich noch keiner geschafft.

(Zwischenruf Dr. Birkmann, Justizminister:
Er hat das nicht verstanden.)

Es ist schon eine alte und nicht die schlechteste Sitte hier in diesem Haus, dass zum Haushaltsgesetz mit seinen Anlagen entsprechende Entschließungsanträge eingereicht und debattiert werden. Auch über diese Schiene hat die SPD-Landtagsfraktion in den vergangenen Jahren bestimmt die Politik des Landes mit befruchten können. Auch das von der Landesregierung nun für Juni 2000 angekündigte langfristige Personalentwicklungskonzept entspringt einer Forderung der SPD im Zusammenhang mit den Be-

ratungen des Haushalts 1999. Die damaligen SPD-Haushälter konnten sogar die CDU von der Notwendigkeit dieses Konzepts überzeugen, so dass die Forderung in die Entschließung zum Haushaltsgesetz 1999 aufgenommen wurde. Es ist schön, dass Sie auch ohne unsere Beteiligung daran gedacht haben.

Im vorgelegten Entschließungsantrag, den die SPD aber dennoch zum Personalentwicklungskonzept eingereicht hat, fordern wir diesmal die Landesregierung auf, dieses Konzept mit den Gewerkschaften und mit dem Beamtenbund abzustimmen und bei dem bevorstehenden Kabinettsbeschluss nicht über die Arbeitnehmervertreter hinwegzugehen,

(Beifall bei der SPD)

denn derzeit sieht es so aus, als zäumt die CDU in dieser Sache das Pferd von hinten auf, da ohne detaillierte Analyse der Aufgaben Zahlen für Stellenkürzungen aus rein fiskalischen Erwägungen in die Welt gesetzt werden. Hier ist ebenfalls mehr Fingerspitzengefühl gefragt, sonst gibt es nicht nur Ärger mit uns als Opposition. Dasselbe gilt für die angekündigte Schaffung des Landesbetriebs eines Thüringer Liegenschaftsmanagements.

Ich bitte Sie, Herr Trautvetter, Sie sind ja federführend in dieser Sache, beziehen Sie die Personalräte der betroffenen Bereiche in die Planungen ein, damit nicht die gleichen Probleme entstehen wie bei der TSI.

In einem Punkt des Entschließungsantrags wendet sich die SPD entschieden gegen Taschenspielertricks. Wenn wir schon weitere Verbeamtungen nicht verhindern können, dann sollen die kurz- und mittelfristigen Einsparungen dauerhaft und stetig dem Thüringer Pensionsfonds zugeführt werden. Allzu schnell sind die scheinbaren finanziellen Spielräume verfrühstückt. Das dicke Ende kommt dann, wenn die Pensionslasten zu zahlen sind, die jetzt schon eine dramatische Steigerung zu verzeichnen haben. Das musste auch der Finanzminister eingestehen. Auch fordert die SPD schon lange die Vorlage eines Subventionsberichts für Thüringen. In der Vergangenheit hat die CDU immer die Aufnahme dieser Forderung in einem Entschließungsantrag zum Haushaltsgesetz verhindert, doch wer sparen will, kommt um eine regelmäßige Analyse der Effizienz der Förderprogramme nicht umhin. Inzwischen hat sich auch der Thüringer Bund der Steuerzahler dieser alten SPD-Forderung angeschlossen.

Meine Damen und Herren, alle Pressekampagnen, alles Schönreden, all die Tricks und Verschleierungen nützen nichts, der Haushalt, den Sie vorgelegt haben und nun vermutlich mit brachialer Gewalt durchzudrücken beabsichtigen, wird dadurch nicht schöner und auch nicht besser als er ist. Dafür birgt schon die CDU mit Ihrer absoluten Mehrheit. Oder vielleicht doch nicht? Sie handelt doch im Interesse des Landes, so geben sie jedenfalls vor. Stellen Sie sich vor, wir übrigens auch, auch wenn

Sie das verwundern sollte, noch habe ich die Hoffnung, aber vielleicht bin ich auch noch zu neu in diesem hohen Hause, dass ich es noch erleben werde, dass von der Opposition gemachte Vorschläge auch von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, akzeptiert werden. Ich bin der Meinung, Thüringen täte das gut. Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Ich danke Herrn Abgeordneten Höhn für seine Ausführungen. Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Dr. Zeh zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Dr. Zeh, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, nur etwas mehr als vier Monate sind seit der Landtagswahl vergangen, und wir können heute bzw. morgen den Thüringer Haushalt verabschiedet vorlegen. Ich denke, das ist erst einmal ein Erfolg,

(Zwischenruf Abg. Dittes, PDS: Das denken Sie.)

den man hier an dieser Stelle auch nennen muss.

(Beifall bei der CDU)

Zum Vergleich: Nach der Landtagswahl 1995 war dies erst im März möglich, auch damals schon ein Erfolg der großen Koalition. Aber Sie sehen, nichts kann man so gut machen, dass man es nicht auch noch verbessern könnte.

Ich denke, dieses zügige Abarbeiten ist ein Verdienst der Landesregierung, es ist aber auch ein Verdienst des Landtags. Es gilt allen, die daran mitgewirkt haben, erst einmal ein herzliches Dankeschön; an die Verwaltung, an die Mitarbeiter des Finanzministeriums, an die Kollegen Abgeordneten, aber auch an alle in der Landesregierung, die daran mitgewirkt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich sehe die zeitige Verabschiedung des Haushalts als ein wichtiges Signal dieser Landesregierung. Klare Mehrheiten sorgen für klare Verhältnisse, und das braucht Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Das braucht Thüringen für seine Wirtschaft und das brauchen die Kommunen. Auch die Kommunen brauchen Planungssicherheit. Die Kommunen müssen ihre Haushalte aufstellen. Je eher die Kommunen Planungssicherheit bekommen, umso eher können sie Aufträge planen, auslösen und ausführen. Das Gleiche gilt natürlich ebenso für

das Land.

Meine Damen und Herren, mit der schnellen Verabschiedung des Haushaltsgesetzes werden auch wichtige Impulse für Investitionen und für Wirtschaftswachstum gesetzt. Frau Neudert, ich vermag Ihre Theorie nicht zu verstehen, dass Wirtschaftswachstum nicht Voraussetzung für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist. Nachdem Sie das gesagt haben, haben Sie aber sofort gesagt, dass die Kommunen mehr investieren müssen, um für Arbeitsplätze zu sorgen. Das ist aus meiner Sicht ein Widerspruch, den Sie mir erst noch einmal auflösen müssen. Ich habe manchmal den Eindruck, dass Sie ein wenig zu viel Monopoly spielen und glauben, die Marktwirtschaft verstanden zu haben. Meine Damen und Herren, das reicht bei weitem nicht aus.

(Zwischenruf Abg. Dr. Klaubert, PDS: Das braucht seine Zeit.)

(Beifall bei der CDU)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wie aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, aber auch aus der Einbringungsrede des Finanzministers und natürlich bei nüchterner Betrachtung der Zahlen sichtbar wird, ist die Zeit des mehr oder weniger Verteilens vorbei. Unser Ausgabenwachstum hat einen Stand erreicht, der nicht ohne Weiteres steigerbar ist. Unsere Einnahmen steigen auf absehbare Zeit nicht ins Unübersehbare an, dafür wird das Auslaufen des Solidarpakts im Jahr 2004 sorgen. Wir rechnen zwar mit einem Nachfolge-Solidarpakt, aber ob dort mehr Einnahmen für uns ins Haus stehen, wage ich zu bezweifeln. Auch die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs wird notwendig sein, und ob dort mehr Einnahmen im Landeshaushalt ankommen werden, auch dies wage ich zu bezweifeln. Es ist eine Binsenweisheit, die kennt jeder, ich sage mal jeder Familienvater oder jede Familienmutter, die ein Familienbudget zu betreuen hat: Wir können uns nicht mehr leisten, als wir uns leisten können! Ich denke, diesen Grundsatz muss man bei allem, wenn man diskutiert über ein Mehr oder ein Weniger, beherzigen. Auf Pump lange Zeit zu leben, zahlt sich nicht aus. Es ist notwendig, das gewisse Zeit zu tun; wir haben das in den letzten Jahren auch tun müssen. Wir haben aber mittlerweile einen Schuldenstand erreicht, der liegt bei 8.037 DM pro Einwohner. Damit lagen wir zwar an zweiter Stelle, können uns aber nicht rühmen, denn Sachsen liegt mit 4.479 DM an erster Stelle. Die Plätze drei, vier und fünf in der Folge liegen dicht auf, nämlich Mecklenburg-Vorpommern mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 8.110 DM, Sachsen-Anhalt mit 9.356 DM und Brandenburg mit 9.572 DM. Umgerechnet auf die Bevölkerung haben wir einen Kreditabstand zu Mecklenburg-Vorpommern von 175 Mio. DM. Das ist nicht sehr viel, meine Damen und Herren. Zu Sachsen-Anhalt haben wir einen Kreditabstand von 3,28 Mrd. DM. Meine Damen und Herren, das widerlegt die These, dass die Roten in Sachsen-Anhalt mehr sparen können,

(Beifall bei der CDU)

denn dort ist man mit über 3 Mrd. DM noch mehr in der Kreide als in Thüringen. Und Brandenburg liegt mit einem Kreditvolumen von 3,48 Mrd. DM mehr - ich beziehe das auf die Einwohner, damit man das vergleichen kann, nicht in absoluten Zahlen, sondern auf die Einwohner - wir haben also zu Brandenburg noch einen Abstand von 3,8 Mrd. DM. Das ist gut, dass wir noch einen Abstand haben, reicht aber nicht aus. Denn wir haben entgegen der Koalitionsvereinbarung aus dem Jahre 1995, als wir uns vornahmen, dass die Pro-Kopf-Verschuldung nicht über den Durchschnitt der Altbundesländer steigen dürfe, dieses Ziel nicht erreicht. Bereits nach zehn Jahren liegen wir über dem Stand der Altbundesländer, obwohl wir noch nicht die entsprechende Infrastruktur aufgebaut haben. Die Gründe dafür hat der Finanzminister in seiner Einbringung bzw. in der Aussprache im Haushaltsausschuss genannt.

Thüringen hat alle Bundesprogramme zu 100 Prozent bedient. Das haben die anderen jungen Bundesländer nicht in dem Umfang getan. Wir haben sogar nicht verbrauchte Mittel der anderen Länder - Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern - übernommen und mit komplementären Mitteln bedient. Ob das weiter so möglich ist, müssen wir in Zukunft von Fall zu Fall abwägen. Komplementär finanzieren hat so etwas wie Winterschlussverkauf an sich. Man bekommt etwas billiger, aber ob man es braucht, ist nicht immer so ganz sicher. Manch einer kauft Billigware, ohne dass er sie braucht. Meine Damen und Herren, wir müssen von Fall zu Fall entscheiden, ob wir in Zukunft noch so verfahren können. Ich denke aber, die günstige wirtschaftliche Situation in Thüringen und die günstige arbeitsmarktpolitische Situation in Thüringen hat gezeigt, dass dieser Weg richtig war. Ich möchte ausdrücklich bestätigen, dass wir auf diesem Weg Gutes erreicht haben. Thüringen hat eine Wirtschaftsentwicklung erreicht, die ihresgleichen in den jungen Bundesländern sucht. Die hohe Verschuldung ist nicht gut, wir müssen davon runter. Wir müssen in Zukunft die Nettoneuverschuldung zurückführen; ob wir sie auf null zurückführen können, das ist allerdings zu bezweifeln.

Ich erwähnte bereits die Unwägbarkeiten auf der Einnahmenseite. Wir haben auch Unwägbarkeiten auf der Ausgabenseite, das sind ganz sicher neue Belastungen, die der Bund uns auferlegen wird. Die Erfahrungen des ersten Jahres der rotgrünen Regierung in Bonn haben gezeigt, dass der Bund sich in vielfältiger Weise zulasten der anderen Gebietskörperschaften seiner Sparzwänge entledigt.

Es gibt auch andere Risiken, die wir auf der Ausgabenseite bedenken müssen. Das sind Tarifsteigerungen, das Fälligwerden von Not leidenden Bürgschaften - wir müssen dort Kredite aufbringen - und die Zinsentwicklung, die heute noch kein Mensch abschätzen kann. Das heißt für

uns in der Tat, wir müssen sparen, aber - und das möchte ich ausdrücklich sagen - dieser Haushalt ist kein Sparhaushalt, dieser Haushalt ist sparsam und dieser Haushalt gestaltet in wesentlichen Politikbereichen. Dass wir sparen müssen, ergibt sich schon daraus, dass kommende Generationen jede Schuldenmark, die wir heute aufnehmen, zurückzahlen müssen. Wir können nicht zulasten der kommenden Generationen das verfrühstücken, was diese dringend brauchen. Deswegen lehnen wir es ab, die Nettoneuverschuldung der PDS um 100 Mio. DM noch einmal aufzustocken. Neuverschuldung zulasten der kommenden Generationen ist nur dort sinnvoll, wo Investitionen in die Zukunft getätigt werden, denn von Investitionen in die Zukunft profitieren auch nachfolgende Generationen. Das sind Schulden, die in die Zukunft hineingehen, aber eine sanierte Infrastruktur hinterlassen, die auch Nachfolgegenerationen nutzen können, eben Investitionen in die Zukunft.

Meine Damen und Herren, in Zahlen ausgedrückt heißt das, wir konnten die Nettoneuverschuldung im Haushalt um 240 Mio. DM im Vergleich zu 1999 absenken. Wir haben die Nettoneuverschuldung von 1,83 Mrd. DM auf 1,59 Mrd. DM gesenkt. Das bedeutet eine Kreditfinanzierungsquote von 8,4 Prozent.

Meine Damen und Herren, Herr Höhn, Sie haben so ganz locker gesagt, dass eine solche Dimension doch lächerlich wäre angesichts der Dinge, die von 1994 auf 1995 geschehen sind in der Reduzierung der Nettokreditaufnahme.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das ist falsch.)

Wie haben Sie es denn dann gesagt? Sie haben jedenfalls gesagt, dass die Kreditquote von 24 Prozent auf 8 Prozent reduziert worden ist. Sie haben nicht gesagt warum.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Das kann man nachlesen.)

Sie haben mit Halbwahrheiten, die Sie verzerrt haben, verfälscht haben, einseitig dargestellt haben, hier ein Feuerwerk von Unwahrheiten gesagt. Ich denke, das muss einfach korrigiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Situation 1994 war die, dass wir durch den Fonds Deutsche Einheit finanziert wurden. Dieser Fonds Deutsche Einheit brachte wesentlich weniger Einnahmen als die Einnahmen, die uns über den Länderfinanzausgleich und den Solidarpakt zugeflossen sind. Und viele Dinge mussten natürlich finanziert werden, um unsere dringenden Aufgaben zu lösen. Ich denke, der Solidarpakt, der damals unter Federführung der Kohl-Regierung auf den Weg gebracht worden ist, war ein Erfolg für die jungen Bundesländer. Wir können es hier in Thüringen ja augen-

scheinlich sehen.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir können mit der Kreditsenkung nicht stehen bleiben. Wir müssen im nächsten Jahr weitermachen und das bedarf auch Einschnitte.

Meine Damen und Herren, Einschnitte sind schmerzlich, das weiß jeder. Sparen ist nie eine freundliche Angelegenheit, aber dass wir uns kaputtsparen, das werden Sie nicht erleben, denn neben dem Sparen werden wir auch weiter gestalten. Ich sagte bereits, dass dieser Haushalt 2000 kein Sparhaushalt ist. Das Volumen des Haushalts steigt in absoluten Zahlen an. Es steigt um mehr als 200 Mio. DM zum vorigen Haushalt, das sind 1,1 Prozent. Ich denke, wenn dann jemand vom Sparen redet, dann muss er die Relationen wahrnehmen. Wir haben ja nicht "nichts", sondern wir haben immer noch ein Haushaltsvolumen, das das vorjährige Haushaltsvolumen übersteigt. Bei über 19 Mrd. DM ist das ein Volumen, das die Gestaltung in diesem Land möglich macht.

(Beifall Abg. Zitzmann, CDU)

Und, meine Damen und Herren, von einem sozialen Chaos in Thüringen zu reden, wer solche Schlagzeilen produziert, muss sich seine Glaubwürdigkeit selbst hinterfragen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Seit knapp 10 Jahren orakelt die PDS vom sozialen Kahlschlag in Thüringen. Dass dem nicht so ist, davon können sich viele Thüringer am eigenen Erleben eines Besseren belehren lassen. Ich denke nur an den Behindertenbereich, ich denke an die Altersheime und an die Krankenhausbetreuung. Dies ist in den letzten 10 Jahren in einem Maße verbessert worden, wie wir es in Alt-DDR-Zeiten nie für möglich gehalten hätten.

(Beifall bei der CDU)

Die SPD hat nur die ersten vier Jahre im Landtag verkündet, dass der soziale Kahlschlag in Thüringen ausgebrochen ist, die letzten fünf Jahre hat sie davon nichts mehr gesagt. Und jetzt, nachdem sie nun den Sozialetat offenbar nicht mehr richtig versteht, nachdem man eigentlich sagen muss, dass nur die gleichen Mittel verausgabt werden können wie im Vorjahr, jetzt plötzlich erkennen sie wieder eine soziale Schieflage.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Die Zahlen sprechen für sich.)

Sehr merkwürdig, meine Damen und Herren, entweder trauen Sie Ihren eigenen Ansätzen aus der vorigen Legislaturperiode nicht mehr über den Weg oder Sie können den Haushalt nicht richtig lesen oder Sie haben die

Umstellung der Ressortzuständigkeiten nicht begriffen.

(Beifall bei der CDU)

Oder sollten Sie nur Verunsicherung schüren wollen? Das wäre boshaft und infam. Schauen Sie sich doch einmal den Einzelplan 08 etwas näher an. Ich kann Ihnen das erklären, Herr Höhn. Sie sagten, Sie wären das erste Mal im Landtag. Ich denke, Sie brauchen an der Stelle noch etwas Nachhilfe. Denn schauen Sie sich an, wenn Sie den Einzelplan 08 im Vergleich zum Haushalt 1999 um die Arbeitsmarktmittel rechnerisch bereinigen - ich gehe davon aus, dass Sie das können -, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, dass wir in diesem Haushalt 1,528 Mrd. DM oder 1.528 Mio. DM im Jahre 1999 verzeichnen. Schauen Sie sich den Haushalt 2000 im Einzelplan 08 an. Dort ist ein Ansatz ohne Arbeitsmarktmittel von 1.570 Mio. DM zu verzeichnen, also 42 Mio. DM mehr. Wie wollen Sie dann, meine Damen und Herren von der Opposition, noch von einer sozialen Schieflage sprechen, wenn wir mehr im Haushalt haben, als Sie in der letzten Legislaturperiode unter Ihrer Verantwortung im Sozialministerium überhaupt an Mitteln möglich hatten?

Meine Damen und Herren, und die CDU hat sogar noch eine Kohle aufgelegt. Im Kapitel 08 20 mit dem Titel 653 13 gibt es eine Aufstockung um 4 Mio. DM. Mit dem Zufließvermerk aus dem Einzelplan 07 um weitere 4 Mio. DM ist der Haushalt im Einzelplan 08 sogar 50 Mio. DM größer als im Haushalt 1999. Ich halte das für einen Erfolg der Sozialpolitik der CDU.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Brennt aber nicht richtig, Ihre Kohle.)

Wenn Sie also von der SPD weiterhin aufrecht erhalten wollen, dass dieser Haushalt eine soziale Schieflage enthält, dann habe ich das Gefühl, ist die Zielrichtung dieser Aussage eine andere. Ich habe das Gefühl, Sie wollen die verheerende bundespolitische Bilanz Ihrer Partei des letzten Jahres vergessen machen oder Sie soll hier nicht gar so unsichtbar werden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Höhn, wie Sie Bundespolitik schöngeredet haben, das ist schon ein Meisterstück. Auch wenn Sie neu sind, das haben Sie gut gemacht.

(Zuruf Abg. Höhn, SPD: Danke.)

Aber es trifft natürlich nur nicht zu, Herr Höhn. Meinen Sie etwa, dass das Gesetz zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit und das 630-DM-Gesetz nach mehrfacher Nachbesserung doch ein Erfolg war? Fragen Sie doch einmal bei den Zeitungen nach und im Gaststätten-gewerbe, wie viele Arbeitsplätze dort verloren gegangen

sind.

(Unruhe bei der CDU, SPD)

Und wem hilft denn dieser Einschnitt - etwa den kleinen Leuten, für die Sie immer so gern da sein wollen? Und wie war das doch mit der sozialen Kehrtwende, die in Berlin bzw. erst in Bonn gemacht werden sollte? Glauben Sie, dass die so genannte Rentenanpassung nach Willkür und Gnade der Bundesregierung schon vergessen worden ist?

(Beifall bei der CDU)

Dieser Vorgang bleibt ein ungeheurer Skandal in der Geschichte der Bundesregierung, weil Rentenkürzungen dazu benutzt wurden, um Haushaltslöcher zu stopfen und nicht, um die Rentenreform auf den Weg zu bringen. Und das sind Ihre so genannten Erfolge.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Die Rente ist nicht gekürzt worden.)

Ja, aber Sie wissen doch, wenn sie um die Inflationsrate steigt, dass die Realeinkommen damit sinken. Das wird von Ihnen immer wieder postuliert und wird an allen Stellen, wo das nur geht, in die Diskussion gebracht. Um die Rentenreform nun doch noch auf den Weg zu bringen, meine Damen und Herren, dann kommen die Einschnitte erst noch und auf die sind wir allerdings neugierig und gespannt. Bisher ist von dieser Seite jedenfalls noch nichts gekommen außer vollmundigen Ankündigungen. Oder sind Sie etwa der Meinung, die so genannte ökologische Steuerreform sei sozial? Ich sagen Ihnen, sie ist weder ökologisch noch sozial.

(Beifall bei der CDU)

Sie ist nicht ökologisch, weil sie keine ökologische Lenkungsfunktion ausübt. Eine ökologische Lenkungsfunktion müsste ja wohl so aussehen: Wer wenig verbraucht, muss belohnt werden, und wer viel verbraucht, muss bestraft werden. Und was tut der Gesetzgeber? Großverbraucher werden ausdrücklich von dieser Steuer ausgenommen. Also, die Schlussfolgerung: Es werden bald mehr Großverbraucher da und die ökologische Wirkung gleich null sein. Der kleine Mann wiederum wird abgezockt, und zwar mehrfach, nämlich derjenige, der seine Mehrkosten nicht umlegen kann auf Preiskalkulationen, der die Mehrkosten nicht in Streikauseinandersetzungen und Tarifstreiten wiederholen kann, der muss die Zeche am Ende bezahlen; das sind die Rentner, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslose.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so sieht die Bilanz Ihrer Regierung aus in Bonn bzw. jetzt in Berlin. Das festzustellen, ist Ihnen immer wieder unangenehm und deswegen reden Sie von sozialer Schieflage in diesem Thüringer Haushalt, unabhängig davon, ob Sie Ihren eigenen Ansatz aus dem letzten Jahr damit nicht etwa doch schlechterreden als er im Grunde genommen war.

Meine Damen und Herren, ich darf an dieser Stelle nur noch erinnern, dass der Verschiebebahnhof des Bundes, sich zu entlasten zulasten der anderen Gebietskörperschaften des Landes und der Kommunen, ein weiterer Vorgang ist, der in dieser Bundesrepublik einmalig ist. Ich denke, auch das werden wir im Bundesrat, dort, wo wir es können, zu verhindern wissen.

Meine Kollegen aus den Facharbeitskreisen werden diese Diskussion im Einzelplan 08 noch mit Zahlen unterlegen können, ich möchte diesen hier nicht vorgreifen. Ich möchte nur so viel sagen: Mit dem letztgenannten Titel 653 13 im Kapitel 08 20 hat die Landesregierung ein weiteres Vorhaben in die Tat umgesetzt bzw. mit Finanzmitteln untersetzt, es ist das Programm "50 Plus". Die Ankündigung der Landesregierung ist hier in Zahlen umgesetzt. Wenn diese Zahlen etwas geringer sind als vorher angenommen, dann ist das kein schlechtes Zeichen, sondern es ist ein Zeichen dafür, dass wir am Anfang nicht so viel brauchen, wie ursprünglich für das Gesamtprogramm kalkuliert ist. Das Gesamtprogramm wird natürlich insgesamt mit Finanzmitteln so untersetzt, wie es ursprünglich auch vorgesehen war. Das ist in diesem Jahr im Haushalt nicht notwendig. Dann beginnt dieses Programm ja erst und muss probiert werden. Aber ich denke, dieses Programm, das "50 Plus" heißt, wird angenommen, denn es gibt bereits eine Menge Nachfragen. Auch wenn über dem Titel die Zweckbestimmung "Honorierung ehrenamtlichen Engagement älterer Arbeitsloser steht", ist es nicht die Bezahlung von ehrenamtlicher Tätigkeit. Es ist ein gewisser Anreiz für ehrenamtliche Tätigkeit bei Arbeitslosen, die über 50 Jahre alt sind. Die Arbeitslosigkeit bedeutet für viele nicht zuerst eine finanzielle Notlage. Sie bedeutet in vieler Hinsicht eine soziale Notlage und den Verlust von Selbstwertgefühl. Und genau darum geht es. Dieses Programm soll an der Stelle einsetzen. Die Nachfragen zeigen, dass dafür ein Bedarf besteht und ich hoffe, dass das TMSFG recht schnell die Richtlinien auf den Weg bringt, damit dieses Programm auch greifen kann.

Eine weitere Legende, die pausenlos - sowohl von der PDS als auch von der SPD - verbreitet wird, aber deswegen nicht wahrer ist, ist die, dass wir die Kommunen nicht ausreichend mit Finanzmitteln ausstatten. Nun, was ist in diesem Zusammenhang ausreichend? Wie Sie alle wissen, sind Finanzmittel nie ausreichend. Geldmittel reichen in der Regel nicht für uns im Land, Geldmittel reichen nicht bei den Kommunen, Geldmittel reichen für keinen. Was ist also ausreichend? Ein Indiz, ob wir fair mit den Kommunen umgehen oder nicht, ist für mich die Frage, wie stehen wir im Vergleich zu den anderen Ländern, vor

allen Dingen zu den anderen jungen Bundesländern. Und hier ergibt sich eindeutig, dass Thüringen an der Spitze bei der Förderung seiner Kommunen liegt. Mit 1.561,00 DM pro Einwohner im Kommunalen Finanzausgleich liegt Thüringen deutlich vor Sachsen, und im vergangenen Haushalt lag Thüringen mit 90,00 DM auch noch vor Brandenburg; ich nehme an, die Zahlen haben sich in diesem Jahr nicht geändert. Die Zahlen aus diesem Jahr liegen allerdings noch nicht aktuell vor, so dass wir auf die Vorjahreszahlen zurückgreifen müssen. Übrigens liegt hier auch einer der Hauptgründe für die geringe Verschuldung des Freistaats Sachsen, weil Sachsen eben in kommunalen Finanzausweisungen deutlich unter unserem Stand liegt. Ich glaube, dass man den Unterschied der kommunalen Finanzen augenscheinlich erleben kann. Fahren Sie mit dem PKW einmal abseits von den Autobahnen und Bundesstraßen durch Brandenburg, fahren Sie durch Sachsen und dann fahren Sie durch Thüringen, meine Damen und Herren, den Unterschied zu Thüringen können Sie deutlich erleben.

(Beifall bei der CDU)

Es gibt noch ein weiteres Indiz, dass unser Haushalt kommunalfreundlich ist: Der Kommunale Finanzausgleich steigt im Jahr 2000 um 2,5 Prozent. Das ist mehr als eine doppelt so große Steigerung als bei unserem eigenen gesamten Haushalt, der nur um 1,1 Prozent ansteigt.

Ich bleibe also bei meiner Feststellung, dass Thüringen das kommunalfreundlichste Land unter den jungen Bundesländern ist.

(Beifall bei der CDU)

Mit der Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes bezüglich der Auftragskostenpauschale werden die Kommunen weitere Planungssicherheit auch in diesem Bereich erhalten. Meine Damen und Herren, bei aller Diskussion um Verteilung sollte man meines Erachtens auch einmal die eigene Einnahmesituation der Kommunen betrachten. Da wäre unter anderem eine zusätzliche Einnahmequelle durch die Nichterhebung der Gewerbesteuer 1997 und 1998 durch die Gewerbesteuerumlage. Diese beträgt jährlich über 50 Mio. DM. Die Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer von 2,2 Prozent wird für 2000 auf 121 Mio. DM geschätzt. Damit wird die Nichteinführung der Gewerbesteuer weit überkompensiert. Die Wirkungen des 1999 novellierten Finanzausgleichsgesetzes bewahrte die Kommunen 1999 vor einer Kürzung des Finanzausgleichs. Aufgrund der notwendigen Spitzabrechnungen nach vorheriger Gesetzeslage und der Steuermindereinnahmen hätten die Kommunen 166 Mio. DM weniger gehabt. Der Freistaat hat dafür gesorgt, dass diese Einnahmen nicht sinken. Eine solche Regelung im kommunalen Finanzausgleich gibt es übrigens nur in Thüringen und Sachsen.

Meine Damen und Herren, ein letzter Vergleich: Die Pro-Kopf-Verschuldung des Landes beträgt, wie bereits vorher angeführt, 8.038,00 DM je Einwohner. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kommunen beträgt dagegen lediglich 2.400,00 DM. Daher gilt es meines Erachtens zu fragen: Wollen wir wirklich angesichts der fast vierfach höheren Verschuldung des Landes die Verschuldung weiterhin zulasten der Kommunen höher treiben? Ich halte diesen Ihren Antrag von der PDS als eine finanzpolitische Geisterfahrelei.

(Beifall bei der CDU)

Wider besseres Wissen betreiben Sie billigen Populismus und nehmen einen finanzpolitischen Crash in Kauf.

(Beifall Abg. Heym, CDU)

Im Übrigen, meine Damen und Herren von der PDS, aber auch von der SPD, Sie beklagen, dass wir Ihren Anträgen nicht zustimmen. Glauben Sie wirklich, die CDU spart unter Zähneknirschen, Verzeihung, unter Stirnrünzeln der Minister 240 Mio. Kreditmarktmittel ein, damit Sie von der PDS 100 Mio. DM wieder aufstocken und auf den Kopf schlagen können? Nein, meine Damen und Herren, diese Art von Arbeitsteilung ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU ist dann nämlich dafür da, das Geld heranzuschaffen und die Opposition ist dafür da, das Geld auszugeben - nein, meine Damen und Herren, diese Rechnung geht so mit uns nicht auf.

(Beifall Abg. Heym, CDU)

Im Übrigen verstehe ich das so, Herr Höhn und Frau Neudert: Die CDU hat in Thüringen von den Wählern eine Mehrheit erhalten, damit sie ihre Politik und ihre Vorstellungen umsetzt. Wir haben nicht die Mehrheit erhalten, damit wir die Politik der Opposition umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir das in den letzten neun Jahren so beherzigt haben, dann werden wir das auch die weiteren Jahre so beherzigen, ich denke, das war gut für Thüringen, das war gut für die Entwicklung dieses Freistaats.

(Beifall bei der CDU)

Außerdem, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Anträge der Opposition sind ebenso wenig seriös finanziert, von Ihnen von der SPD, wie die Schuldenausweitung durch die PDS. Die SPD will 60 Mio. DM durch Steuermehreinnahmen gewinnen. Meine Damen und Herren, Herr Kollege Pidde oder Herr Höhn - beide sind wohl nicht anwesend -, hier muss ich doch sehr an den seriö-

sen Teil Ihres finanzpolitischen Sachverstands appellieren.

(Zwischenruf Abg. Althaus, CDU: Wenn er denn vorhanden ist!)

Haben Sie das wirklich in Ihrer Fraktion mitgemacht, dass Sie 60 Mio. DM Mehreinnahmen einfach so kalkulieren und damit ungedeckte Schecks ausstellen wollen? Sie wissen so gut wie ich, dass erst die Spitzabrechnung am Jahresende Klarheit über die Steuermehreinnahmen schafft. Bestenfalls können wir ab November hochrechnen, wie sich die Steuermehreinnahmen entwickeln könnten; und das nun ausgerechnet für arbeitsmarktpolitische Programme einzusetzen, ist eine der unsichersten Deckungen, die ich je erlebt habe.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist weitab von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, was Sie hier immer so laut einfordern.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Aber Sie haben das doch gemacht!)

Das, was zu arbeitsmarktpolitischen Programmen noch näher zu sagen ist, das werden meine Kollegen vom Facharbeitskreis sagen, aber an dieser Stelle so viel: Das Geld, was bisher eingestellt war, ist in diesem Umfang nie abgeflossen. Der Sockel, den Sie aufgestellt haben, war immer eine Mogelpackung. Das ist, meine Damen und Herren, mit uns nicht zu machen. Unser Haushalt wird an dieser Stelle Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit widerspiegeln. Wir werden Luftbuchungen, die die Realität wie Seifenblasen zerplatzen lässt, nicht mit unterstützen, solcher Populismus ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, so populistisch Ihre Diskussion an dieser Stelle ist, so populistisch ist sie auch bei dem Landtagsneubau. Eine solche verlogene und scheinheilige Diskussion habe ich bisher kaum erlebt.

(Beifall bei der CDU)

Erstens: Hinter vorgehaltener Hand wird die Notwendigkeit der räumlichen Verbesserung hier im Landtag von allen bestätigt.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Die Kostenansätze ausgerechnet an dieser Stelle als Bruttokosten zu veranschlagen, das haben wir nun wahrlich noch nie gemacht.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Die Kollegen ...)

Nein, nein, hören Sie erst einmal zu, Herr Gentzel. Wir haben bisher das Prinzip "Kosten immer gleich reale Kosten", also Baukosten, veranschlagt. Oder haben Sie bei Ihren Baumaßnahmen im Bereich des Sozialministeriums oder im Bereich des Justizministeriums oder im Bereich des Innenministeriums, bei Polizeidienststellen die notwendigen Baukosten brutto veranschlagt oder diskutiert. Sie haben im Ansatz die Baukosten so diskutiert und veranschlagt, wie sie sind und das sind nun mal bei dem Landtagsneubau 61 Mio. DM und nicht 115 Mio. DM. Meine Damen und Herren, wenn wir immer brutto verrechnen, dann müssten wir bei jeder Schule, die 10 Mio. DM kostet, sagen, die Schule kostet nicht 10 Mio. DM, die Schule kostet 19 oder 20 Mio. DM. Das wäre unseriös und das ist reiner Populismus. Aber, meine Damen und Herren, wie heißt es so schön: wenn Annahme gesichert, dann ablehnen. Diese Politik scheint mir hier doch von der Opposition gepflegt zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Tatsache ist, wie ich bereits sagte, die Baukosten des Landtags betragen 61 Mio. DM. Tatsache ist, wir benötigen dringend für die Arbeiten des Landtags weitere Räume. Das gilt sowohl für die Besucher, das gilt für die Presse, das gilt aber auch für unsere Beratungs- und für Anhörungsnotwendigkeiten. Die Sanierung des alten Plenarsaals mit Erweiterung kostet 42 Mio. DM. Auch dies müssen Sie kalkulieren. Ich rede ja gar nicht von Ihrer Kostenrechnung, dass das nicht eigentlich 42 Mio. DM sind, sondern eigentlich 79 Mio. DM sein müssten, nach Ihrer Rechnung. Ich bleibe bei den Baukosten, bei den realen, wenn ich sie vergleichen will, dann sind das 42 Mio. DM. Und Sie wissen genau, dass wir bei dem Einsatz dieser 42 Mio. DM bei weitem nicht solche idealen oder optimalen Bedingungen erhalten würden, wie beim Einsatz der 61 Mio. DM in einen Neubau. Meine Damen und Herren, eine Prothese hinzustellen und das als Erfolg zu feiern, das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Gerade wir wollen die Attribute Transparenz, Offenheit und Bürgernähe auch in dem neuen Landtag umsetzen, genau diese Attribute, die notwendig sind für unsere Arbeit. Und dies werden wir nicht vernachlässigen. Es ist für mich sehr verdächtig, wenn die Opposition gerade diesen Anspruch etwas niedrig halten will. Oder sind Sie etwa nicht für Transparenz, Offenheit und Bürgernähe?

Meine Damen und Herren, das können wir umsetzen, auch mit einem neuen Landtagsbau. Und überhaupt, Sie reden immer im Vergleich zu Sachsen, wir sollten uns Biedenkopf zum Vorbild nehmen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Wieso?)

Der Herr Höhn hat das laut und deutlich gesagt, ich habe es jedenfalls gehört. Der Neubau in Sachsen schlägt

in Kostenrelationen mit 11.000 DM pro Quadratmeter Nutzfläche zu. In Thüringen ist dieser Betrag nur 5.300 DM hoch.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der SPD, in der Veranstaltung von Sprechchören müssen Sie noch etwas üben! Ich glaube, das ist noch verbesserungsbedürftig.

Meine Damen und Herren, vergleichen Sie doch mal auch mit anderen Ländern. Baden-Württemberg hat eine Kostenrelation von 12.700 DM pro Quadratmeter Nutzfläche. Nordrhein-Westfalen hat 12.000 DM pro Quadratmeter Nutzfläche. Ich wage gar nicht von den Absolutkosten zu sprechen, die weit über 420 Mio. DM im Neubau liegen oder sollte ich nach Ihrer Theorie wieder sagen, dass es eigentlich fast 1 Mrd. DM ist, denn das würden Sie ja dann in Ihrer Veranschlagung außen veröffentlichen.

Meine Damen und Herren, auch die weiteren Deckungsvorschläge der Opposition sind unseriös. Dass die PDS zum wiederholten Male den Verfassungsschutz abschaffen will und dafür Mittel freischaufelt, ist nun gerade schon eine lächerliche Prozedur. The same procedurale as every years!

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: Üben!)

Ja, ich lerne das schon noch. Aber auch wenn Sie in zehn Jahren noch diese Ansätze streichen, wir werden auch in zehn Jahren das zu verhindern wissen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden es verhindern, weil der Schutz des Rechtsstaates ein hohes Gut ist, das wir als CDU nicht angestastet sehen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, noch lächerlicher ist es, die Bußgelder einfach so by the way zu erhöhen. Das ist ja nun gerade ein Spitzbubenstück.

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Das kommt am Ende so raus.)

(Beifall bei der CDU)

Die SPD hat es sehr treffend gesagt, hier geht es darum, abzuzocken. Wenn ich Bußgeld planmäßig erhöhe, und in "Planmäßigkeit" sind Sie ja Spitze, da haben Sie Erfahrung aus alter Zeit, dann muss ich damit rechnen, dass ich den kleinen Mann abzocke, und das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, noch ein Wort zum Personalhaushalt. Wie Sie wissen, werden wir in dieser Frage immer wieder durch Gutachten des Rechnungshofs, aber auch anderer Stellen gemahnt, unser hohes Personalkostenbudget abzubauen. Die Aufgabe steht und wir müssen uns dieser Aufgabe stellen. Wenn wir unsere Personalausgaben hochrechnen, wenn wir mal annehmen, dass wir nicht 86 Prozent Tarifvertrag zu den Altbundesländern haben, sondern 100 Prozent, wenn wir kalkulieren, dass wir den üblichen Pensionsbetrag bezahlen müssten und wenn wir die Gelder abziehen, die uns durch den Solidarpakt zugeflossen sind und damit eine reale Vergleichbarkeit zu anderen Ländern haben, dann würde unser Personalhaushalt nicht 26 Prozent betragen, dann würde unser Personalhaushalt in der Tat schon über 40 Prozent betragen. Wir hätten dann die verfassungsrechtliche Grenze überschritten. Das dürfen wir nicht sehenden Auges zulassen. Ich freue mich, dass die Landesregierung hier ein Personalentwicklungskonzept auf den Weg bringen will bis Mitte des Jahres 2000. Wir werden die Landesregierung dabei unterstützen. Hier müssen wir unsere Hausaufgaben machen, dass wir einen mit anderen Ländern vergleichbaren Personalhaushalt auch aufweisen können. Ich weiß wohl, dass die Vergleichbarkeit nicht in allen Zahlen gegeben ist. Wir haben Aufgaben zu lösen, die Altbundesländer nicht lösen müssen. Ich denke nur an die Regelung der offenen Vermögensfragen, ich denke an die Flurneuordnung usw. All das bedarf natürlich eines großen Personalkörpers, aber langfristig gesehen, müssen wir von diesem großen Personalkörper herunterkommen.

Meine Damen und Herren, noch eine Anmerkung zum Haushaltsgesetz. Im Haushaltsgesetz sind Änderungen vorgesehen, die wir insbesondere in § 4 vorschlagen. Sie sind nicht ganz unwichtig. Der Entwurf der Landesregierung sah vor, dass gegenüber 1999 eine Erweiterung der Deckungsfähigkeit der Ausgaben in den Hauptgruppen 6, 7 und 8 innerhalb eines Einzelplans möglich wäre. Wir als Haushälter haben uns hier entschlossen eine Änderung vorzunehmen. Wir haben uns hier die Meinung des Rechnungshofs bzw. des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtags zu Eigen gemacht. Im Ergebnis schlagen wir vor, dass die Hauptgruppen nur in einem bestimmten Maße deckungsfähig sind, nämlich nur dann, wenn sie innerhalb eines Titels, einer Ausgabentitelgruppe, vorgesehen sind.

Meine Damen und Herren, über die Einzelpläne werden meine Kollegen der Fachressorts nachher noch näher referieren. Deswegen erspare ich mir an dieser Stelle die Einzelplandiskussion.

(Beifall Abg. Braasch, CDU)

Ich kann zusammenfassend nur sagen, dass der Haushalt, so wie er Ihnen vorgelegt ist, die hohen Erwartungen der Thüringer erfüllt. Wir werden weiterhin eine hohe Investitionsquote in diesem Land haben und das ist Vo-

raussetzung für wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Heute las ich in einer Zeitung eine Überschrift, die ich nur teilen kann, im ND stand: "Der Haushalt bleibt Werk der CDU". Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ellenberger:

Danke, Herr Abgeordneter Dr. Zeh. Als Nächster hat sich zu Wort gemeldet Herr Ministerpräsident Dr. Vogel.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, wir haben Wort gehalten, der Haushalt liegt vor, wie angekündigt termingerecht und verabschiedungsreif. Ich bedanke mich insbesondere beim Haushaltsausschuss und allen seinen Mitgliedern, auch bei Ihnen, Herr Abgeordneter Pidde, für die Berichterstattung und ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung für die viele Arbeit in den letzten Wochen.

(Beifall bei der CDU)

Herzlichen Dank auch für die Arbeit des Finanzministers und seiner Mannschaft. Er hat wesentlich die Haushaltsaufstellung begleitet und er hat dafür gesorgt, dass Rede und Antwort gestanden wurde. Herzlichen Dank für diese Arbeit, Herr Finanzminister Trautvetter.

(Beifall bei der CDU)

Die Eckdaten des Haushalts sind bekannt und immer wieder genannt worden, Gesamtvolumen, Neuverschuldung, Kreditfinanzierung, Investitionsquote. Die Eckwerte haben sich verändert, weil sich die politischen Mehrheiten verändert haben und für diese Eckwerte, insbesondere für die abgesenkte Neuverschuldung, steht die Fraktion und die Regierung, die in der Wahl im September bestätigt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Und da, meine Damen und Herren, scheiden sich die Geister. Die absolute Mehrheit ist uns gegeben worden, damit wir mit ihr verantwortlich umgehen, und meine Damen und Herren, wir schämen uns dieser Mehrheit nicht, sondern wir sind dankbar für sie.

(Beifall bei der CDU)

Wir nehmen sie so ernst, wie die Wähler ihre Entscheidung genommen haben. Es ist richtig, die Mehrheit hat die

Weisheit nicht für sich gepachtet, aber die Minderheit auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist gut, Herr Kollege Dr. Pidde, dass Sie auch von übereinstimmend angenommenen Anträgen berichten konnten, aber bitte sprechen Sie nicht unverantwortlicher Weise von Missbrauch, wenn letztlich die Mehrheit entscheidet, denn das ist das Grundgesetz der Demokratie.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden es auch zu verantworten haben in fünf Jahren, Sie auch, und dann sehen wir weiter.

Einige Veränderungen, die vorgenommen worden sind, möchte ich ausdrücklich begrüßen. Ich begrüße die Veränderungen im Stellenplan der Polizei, vor allem die Stellenhebungen im mittleren Dienst, weil ich hoffe, dass es die Motivation der Polizei fördert und damit der inneren Sicherheit des Landes dient und das ist gut.

(Beifall bei der CDU)

Ich begrüße den Ausbau des Tourismusmarketing, weil es ein wichtiger Sektor von steigender Bedeutung bei uns ist. Meine Damen und Herren, im Kulturstadtjahr 1999 kamen auf jeden Thüringer Einwohner im Schnitt drei Besucher; eine sehr gute Bilanz. Es ist gut, dass Initiativen ergriffen werden, diesen Erfolg vom Kulturstadtjahr in das Bachjahr fortzuschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Ich begrüße es, dass die Mittel für das Kunstfest Weimar aufgestockt worden sind. Ich freue mich darüber, dass Frau Schipanski sich durchgesetzt hat. Das wundert mich nicht, aber es freut mich.

(Beifall bei der CDU)

Und ich bin natürlich auch sehr einverstanden damit, dass es gelungen ist, Mittel zu finden, um für die Sportstätten 2 Mio. DM mehr vorzusehen.

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Aha.)

Frau Neudert - ich sehe sie im Moment nicht, aber ich hoffe sie ist hier, ja. Entschuldigung, ich habe in die falsche Richtung geschaut, ich vermute Sie eben immer nicht so weit rechts -,

(Heiterkeit bei der CDU)

Sie haben die Kommunalpolitik angesprochen. Natürlich, Herr Dr. Zeh hat es schon gesagt, wir machen uns nichts vor, das Geld reicht für uns nicht und es reicht auch in den Kommunen nicht. Das ist leider die Eigenschaft des

Geldes, deswegen ist es übrigens erfunden worden, sonst gäbe es ja Geld und Haushalt nicht. Aber wenn Sie so mit einem Unterton von stiefmütterlich sprechen, nennen Sie mir, Frau Neudert, doch bitte ein Land, insbesondere in den neuen Ländern, das die Kommunen besser behandelt als das Land Thüringen.

(Beifall bei der CDU)

Und darf ich noch eines hinzufügen,

(Zwischenruf Abg. Dr. Wildauer, PDS: Das geht doch gar nicht darum.)

weil ich ja immer bemüht bin, und ich hoffe, ich finde da Ihre Zustimmung, nicht immer nur von der Vergangenheit der PDS zu sprechen, sondern mehr von ihrer Zukunft: Wenn Sie mir nachweisen, dass Sie dort, wo Sie direkt oder indirekt mitregieren, also in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern, für die Kommunen auch nur annähernd so viel tun, wie wir hier in Rhein... in Thüringen, dann kommen Sie bitte wieder - der Versprecher ist sehr verständlich -

(Unruhe bei der PDS)

und reden Sie von stiefmütterlich. Aber hetzen Sie nicht die Kommunen gegen uns auf und leisten Sie dort, wo Sie die Verantwortung haben, nicht das Mindeste, um auch nur annähernd an unsere Sätze heranzukommen.

(Beifall bei der CDU)

Und weil ich gerade bei Ihrem Beitrag bin, Frau Neudert - EXPO: Dass Sie sich für Projekte für Entwicklungszusammenarbeit einsetzen, das finde ich sympathisch. Ihre Kollegin Frau Dr. Fischer hat Erfahrung darin und ich bin auch der Meinung, wir müssen in diesem Bereich etwas tun. Wir tun auch im Jahr 2000 etwas in Kambodscha. Es stünde uns gut an, diese Beträge langfristig zu steigern, aber die Entwicklungszusammenarbeit gegen die EXPO auszuspielen, auf die Idee muss man in der Tat erst kommen. Schauen Sie sich doch einmal bitte die 15 oder 17 Projekte, die wir im Lande dazu beisteuern, an - die Wismut, Volkenroda, die Wohnungsbau-, die Plattenbausanierungsprojekte in Leinefelde beispielsweise und am heutigen Tag Mittelbau-Dora - und beachten Sie, mit welchem Herzensblut die Leute dabei sind, ihre Projekte vorzustellen und der ganzen Welt zu zeigen.

(Beifall bei der CDU)

Und da machen Sie doch nicht Volkenroda gegen Entwicklungszusammenarbeit, sondern lassen Sie uns über vernünftige Ausweitung im Entwicklungsbereich und der Hilfe reden. In dem Maße, wie es uns besser geht, müssen wir an die, denen es immer noch schlecht und schlechter geht, in der Tat mehr denken. Aber lassen Sie uns ausdrücklich sagen: Wir machen bei der ersten Weltausstel-

lung Deutschlands in der Geschichte überhaupt mit, weil wir froh sind, dass nach 150 Jahren einmal kein Grund besteht, in Deutschland keine EXPO durchzuführen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin auf Frau Neudert eingegangen und würde gern auch eine Bemerkung zur Rede von Herrn Höhn machen. Wenn ich recht sehe, war das Ihre Jungfernrede. Zu einer Jungfernrede sollte man zunächst einmal gratulieren. Jeder von uns hat die Hürde zur Jungfernrede einmal überspringen müssen. Behalten Sie sich die Frische Ihrer Rede, aber wenn Sie sie noch ein bisschen mehr mit Kenntnissen unterlegen, schadet es der Frische nicht.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, z.B. wenn man so etwas frisch und frei eine Partei, die die Wahlen in Bonn oder Berlin verliert, als abgehalftert bezeichnet, da muss man halt immer auch an Thüringen denken und dann ist man selber auch abgehalftert und dann formuliert man ein bisschen vorsichtiger.

(Beifall bei der CDU)

Wissen Sie, Herr Kollege Höhn, die Frische, mit der Sie auf den Bund eingegangen sind, wird respektiert und ist sehr erfreulich, aber rechnen Sie doch einmal nach, was wir an Lasten im Vermittlungsausschuss vor Weihnachten dem Lande Thüringen und anderen Ländern erspart haben, indem wir Herrn Eichel die rote Karte gezeigt haben bei dem Versuch, als Sparen zu bezeichnen, was andere an seiner Stelle bezahlen sollen.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Aber nur in Zahlen.)

(Beifall bei der CDU)

Und das ist nicht aufgegangen. Es war vor allem zugunsten der Kommunen, dass wir ausgehandelt haben, dass wir mehr Einkommenssteuer bekommen, weil wir mehr Lasten für das Kindergeld tragen müssen. Das ist doch ein Erfolg gegen den Eichel'schen Versuch, sich rein zu waschen und uns schmutzig zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich verzichte darauf, weitere Beispiele zu nennen. Aber, es hat vorhin - das ist nicht mein Wort - ein Kollege zu mir gesagt, der Höhn hat die beste Rede eines Oppositionellen seit 1995 gehalten.

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: Danke.)

Man muss darüber erst nachdenken. Es ist ein etwas zweischneidiges Kompliment, das gebe ich zu, aber ein Kompliment ist es auch.

Der Haushalt ist in den vergangenen Wochen natürlich und erfreulicherweise heftig in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Weil ich dafür ein bisschen Verantwortung habe, habe ich mir das alles angeschaut. Die einen werfen uns vor, wir sparten zu viel - kaputtsparen, das Wort fiel heute auch wieder - und die PDS will 100 Mio. mehr ausgeben als wir vorgesehen haben. So ist das von ihr gefordert worden. Die Nächsten werfen uns vor, es sei zwar richtig, dass wir sparten, wir sparten aber an der falschen Stelle. Gut, das ist die SPD, und die nennt das dann soziale Kälte. Die Dritten sagen, wir sparten viel zu wenig; das ist der Bund der Steuerzahler. Die Kommentatoren sagen, sie hätten eigentlich gedacht, die schneiden viel tiefer ein. Zu viel gespart, an der falschen Stelle gespart, zu wenig gespart, meine Damen und Herren, so falsch scheinen wir mit unserem Entwurf gar nicht zu liegen.

(Beifall bei der CDU)

Nur gegen einen Vorwurf möchte ich mich wenden, nämlich den Vorwurf, wir sparten auf Kosten der Schwachen, weil dieser Vorwurf nicht erhoben wird, weil er berechtigt ist, sondern weil er gut klingt. Deswegen ist mir wichtig zu sagen, das stimmt nicht. Die Ausgaben des Landes für arbeitsmarktpolitische Programme sind nicht gekürzt worden, sondern in der Summe sogar angestiegen. Im Haushalt 1999 belief sich der Gesamtbetrag aller Landesprogramme zur Arbeitsförderung auf gut 312 Mio. DM, in dem heute zur Verabschiedung vorliegenden Haushalt auf mehr als 326 Mio. DM. Für den zweiten Arbeitsmarkt sind in diesem Haushalt insgesamt 584 Mio. DM vorgesehen.

Das Gleiche gilt für die Ausgaben im sozialen Bereich. Hier ist eine Gesamterhöhung von rund 40 Mio. Mark geplant. Im Haushalt 2000 geben wir für die Sozialhilfe mehr als 20 Mio. Mark mehr als im Haushalt des letzten Jahres aus und für die Eingliederung Behinderter fast 40 Mio. Mark. Wer uns vorwirft, wir sparten einseitig aufgrund der sozial Schwachen, der will sich nicht mit den Daten auseinandersetzen, sondern der will uns etwas anheften; und das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt zum Haushalt, meine Damen und Herren, doch eine Fußnote zum Landtagsneubau, denn ich gehöre diesem hohen Haus ja auch selber an: Ich finde, wenn das Parlament gute Arbeit leisten soll, dann muss es auch gute Arbeitsbedingungen haben. Deswegen finde ich das keine überflüssige Ausgabe. Ich finde es beachtenswert, dass dieser Landtag nicht als erste Einrichtung der staatlichen Institutionen hier in Erfurt renoviert und erweitert werden soll, sondern als letzte.

Meine Damen und Herren, wenn der Landtag einen neuen Plenarsaal hat, werden alle anderen oberen Staatsorgane in renovierten, neu gebauten, erweiterten oder verbes-

serten Gebäuden sitzen. Es gibt dann kein Landratsamt mehr, wo nicht ein arbeitsfähiger Sitzungssaal steht und kaum ein Rathaus, wo das nicht der Fall ist. Ich meine, man sollte vor dem Populismus warnen, der fast ein bisschen einen Hauch von Masochismus hat, sich ganz ausziehen in der sicheren Gewissheit, dass die Mehrheit schon für die Kleider sorgt, die man braucht.

(Beifall bei der CDU)

Nein, meine Damen und Herren,

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Aber die Junge Union sieht das anders.)

es ist richtig, dass man zwar nicht zuerst, aber zuletzt doch auch an die eigene Arbeitsfähigkeit denkt.

Die Junge Union, Herr Gentzel, wenn Sie mir versprechen, dass Sie in Zukunft alle Vorschläge der Jungen Union zu Anträgen der SPD machen,

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Das meinen Sie doch nicht im Ernst.)

dann sind wir in der Auseinandersetzung schon ein bisschen weiter. Ich will hier

(Beifall bei der CDU)

nur sagen, meine Damen und Herren, und ich habe das auch bei den Beratungen gesagt, ich bin zwar anderer Meinung als die Junge Union, aber ich verteidige das Recht der Jungen Union, sich in dieser Weise zu äußern. Ich wünsche mir, dass möglichst viele Mitglieder des heutigen Landesvorstandes, wenn der blaue Plenarsaal fertig ist, Mitglieder im Landtag im neuen Plenarsaal sind.

(Beifall bei der CDU)

Herr Trautvetter hat in der Einbringung zu diesem Haushalt gesagt, er sei der Einstieg in den Ausstieg aus dem Schuldenmachen. Ich kann das auch anders sagen, Frau Kollegin Neudert, auch die Sozialpolitik ist darauf angewiesen, dass wir bezahlen können, was wir ausgeben wollen.

(Beifall bei der CDU)

Ohne Absicherung der vorgesehenen Ausgaben ist eine Sozialpolitik nicht möglich. Ohne gute Wirtschaftspolitik wird niemand in der Welt eine gute Sozialpolitik zustande bringen.

(Beifall bei der CDU)

Das Dumme ist nur, für ein, zwei Jahre kann man das ja versprechen, aber nicht für fünf und nicht für zehn Jahre. Und meistens sind die dann nicht mehr da, die zur Ver-

antwortung gezogen gehörten, weil man sie nicht rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht hat. Um es wieder ganz klar zu sagen: Wir dürfen unseren Kindern nicht die Last eines unübersteigbaren Schuldenberges hinterlassen. Die Verantwortung gegenüber der kommenden Generation beschränkt sich nicht auf die Ökologie, sondern bezieht sich auch auf die Finanzwirtschaft. Wer seinen Kindern aufbürdet, ein Leben lang zu arbeiten und Steuern zu zahlen, um die Schulden der Eltern abzutragen, der handelt unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen beginnen wir mit diesem Haushalt eines unserer wichtigsten Aussagen vor der Wahl, Sie können es auch Wahlversprechen nennen, umzusetzen, und wir lassen es dabei nicht bewenden. Der Doppelhaushalt 2001 und 2002 wird bereits heute vorbereitet und wird das fortsetzen, verstärkt und umfassender mit Struktur- und Einsparungsmaßnahmen, was wir in der Kürze der Zeit mit ersten Schritten mit dem Haushalt 2000 begonnen haben.

Meine Damen und Herren, wir freuen uns, dass in der Tat die Wirtschaftsentwicklung in Thüringen gut ist. Die gute Wirtschaftsentwicklung, von der ich bei der Regierungserklärung sprach, hat sich fortgesetzt, neue Firmen siedeln sich an - Amitec in Eisenach, Luc in Arnstadt, INA in Eisenach, PVT in Ohrdruf. Und ganz besonders erfreulich ist die Meldung dieser Tage, dass ein israelisches Unternehmen Hightech in Altenburg fertigen wird und dort etwa 80 Arbeitsplätze schafft. Lassen Sie mich ruhig sagen, im Vordergrund der Bemerkung jetzt steht der wirtschaftliche Gesichtspunkt, aber am 27. Januar darf man auch sagen, es freut mich auch, dass das ein israelisches Unternehmen ist, meine Damen und Herren -

(Beifall bei der CDU, SPD)

ein gutes Zeichen. Und selbstverständlich, wenn ich hier gute Beispiele nenne, dann will ich auch heute nicht vergessen, dass draußen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma Simson sind, die um ihre Arbeitsplätze fürchten. Bilanzen sind nie nur eine Seite. Sie wissen, dass gegen vielen Rat aus der Regierung, ich damals darauf bestanden habe, der Firma Simson eine weitere Chance zu geben. Sie hat sie für ein halbes Jahr bekommen. Die erbetenen Gutachten sind angefertigt worden. Die Ergebnisse müssen aber auch zur Kenntnis genommen werden. In meinem Gespräch mit dem Betriebsrat vor ein paar Tagen ist das auch geschehen. Wir müssen jetzt mit dem Konkursverwalter, wir müssen jetzt mit den Mitarbeitern, wir müssen jetzt mit dem Arbeitsamt und wir müssen mit einer ganzen Reihe von Investoren, die sich gemeldet haben, deren Qualität ich aber nicht aus dem Augenblick heraus beurteilen kann, die natürlich geprüft werden muss, erreichen, dass der Name "Simson" nicht untergeht,

(Beifall bei der CDU)

denn er ist noch mehr als nur Arbeitsplätze. Ob das geht, werden wir in den nächsten Wochen hoffentlich wissen. Die Prognosen in wirtschaftlicher Hinsicht sind gut. Drei Viertel der Unternehmer im Bereich der IHK Erfurt sagen nach einer Umfrage, dass die wirtschaftliche Situation gut oder zufrieden stellend sei. Ich zitiere die IHK mit Erlaubnis der Präsidentin: "Der konjunkturelle Aufschwung gewinnt sichtbar an Dynamik. Mittlerweile arbeiten 86 Prozent der befragten Industrieunternehmen mit Gewinn oder zumindestens kostendeckend."

Meine Damen und Herren, das ist gut, aber das ist auch dringend notwendig. Denn was auch alles gesagt wird, die dringlichste Aufgabe ist und bleibt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Schaffung neuer produktiver Arbeitsplätze. Das ist der absolute Vorrang.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Die Bilanz sieht ja leider nach einem Jahr nicht gut aus. Die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hat sich so gut wie nicht verändert. Wenn Sie die frohe Botschaft des Kollegen Eichel für die Entwicklung im nächsten Jahr richtig lesen, dann heißt es ja, sie wird sich auch im nächsten Jahr nicht ändern, denn die 200.000 Abnahme, mit der Herr Eichel rechnet, ist genau die Zahl, die sich aus demographischen Gründen aus dem Arbeitsmarkt verabschiedet. Das heißt also, die Bundesregierung sagt schon heute, es wird sich an der Arbeitslosigkeit nicht nur im ersten, sondern auch im zweiten Jahr der Regierung Schröder nichts Wesentliches ändern.

Das Bündnis für Arbeit, meine Damen und Herren, ich kann dazu nur sagen, der Repräsentant des Handwerks, der Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks hat Recht gehabt, dass er diese letzte Vereinbarung nicht unterschrieben hat, denn sie hat ja nur 24 Stunden gehalten. An Schauveranstaltungen sollte sich zumindestens das Handwerk nicht beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

Was wir brauchen, darüber herrscht wohl hier im Haus Einigkeit, ist die Steuerreform. Immerhin liegen jetzt zwei Konzepte auf den Tischen, die Diskussion ist wieder in Gang und Sie kennen mich genau genug, um zu wissen, dass ich nicht am Wiederbeginn der Diskussion bereits mein Schlusswort dazu spreche. Wer das tut, verhält sich unverantwortlich und beherzigt nicht, dass wir uns vorgenommen haben, nicht zu blockieren, aber nur zuzustimmen, was wir auch mittragen können. Wir wollen eine Steuerreform, die die Personalgesellschaften nicht schlechter als die Kapitalgesellschaften behandelt.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt zu Deutsch, wir wollen eine Steuerreform, an deren Ende der Mittelstand nicht schlechter dasteht als die Großen.

(Beifall bei der CDU)

Der Satz gilt aus ganz grundsätzlichen Erwägungen für ganz Deutschland, aber aus speziellen Ergebnissen wegen der besonderen mittelständischen Struktur Thüringens gilt er insbesondere für Thüringen. Ich wäre froh - aber ich sage noch einmal, das ist jetzt noch nicht das Schlusswort, das sprechen wir dann im Vermittlungsausschuss, denn wenn je in einer Sache das letzte Wort der Vermittlungsausschuss hat, ist es dieser -, wenn wir ganz am Ende einen Eingangssteuersatz von 15 und einen Spitzensteuersatz von 35 Prozent hätten.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Entwicklung ist nach wie vor die zentrale Aufgabenstellung für dieses Jahr. Dazu trägt dann mit und neben allen Änderungsanträgen für diesen Haushalt natürlich entscheidend der Landeshaushalt bei. Es ist schon wahr, dass das irgendwie das wichtigste Gesetz im Laufe eines Jahres ist, das ein Landtag zu verabschieden hat. Bedenken Sie bitte, ob Sie zustimmen oder nicht, fast noch wichtiger ist die Umsetzung des Haushalts. Fast noch wichtiger ist vor allem, dass der hohe Prozentsatz investiver Maßnahmen rasch auch investiv wirkt und dass nicht erst im nächsten Dezember wieder das Dezemberfieber ausbricht, sondern dass wir - deswegen ist eben Verlässlichkeit und Berechenbarkeit so wichtig - diesen ersten Monat des Jahres 2000 nicht abschließen, ohne allen Beteiligten sagen zu können wo sie dran sind. Aus diesem Grund noch einmal herzlichen Dank für die zügige Beratung und die Bitte, dem Haushalt morgen zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Der Ministerpräsident hat 5 Minuten über die Grundrededzeit hinaus gesprochen, damit verlängert sich die Redezeit der Fraktionen, so dass die CDU jetzt noch 33 Minuten Redezeit hat, die PDS 9 Minuten Redezeit und die SPD-Fraktion 5 Minuten Redezeit. Ich gebe das bekannt, weil im Moment keine weiteren Redemeldungen vorliegen, weil vorhin die Redezeit für die Oppositionsfraktionen im Wesentlichen abgelaufen war. Es signalisiert der Abgeordnete Gerstenberger, PDS-Fraktion, einen Redebeitrag.

Abgeordneter Gerstenberger, PDS:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, persönliche Beleidigungen und Beleidigungen von hier Anwesenden im Saal und eigene Saubermannardarstellungen waren noch nie so deutlich erkennbar wie diesmal.

(Unruhe im Hause)

Gelassenheit und Souveränität eines Ministerpräsidenten, der mit seiner Fraktion allein regiert, sind aus Ihrer Re-

de in keiner Art und Weise erkennbar geworden.

(Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion: Ach, ach.)

Das zeugt wohl eher von der ungeheuren Nervosität und auch dem fast krampfhaften Bemühen

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU:
Machen Sie sich doch nicht lächerlich.)

von wesentlich anderen Ereignissen und Problemen, die Sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt beschäftigen, abzulenken.

(Beifall bei der PDS)

Herr Jaschke, dazu gehört auch, dass Sie eine Scheindiskussion führen um den Neubau eines Landtagsgebäudes. Wir reden hier ganz locker über Verpflichtungsermächtigungen für die Folgejahre, die hätte man viel besser in einem Doppelhaushalt verpacken können, dann nämlich, wenn etwas Konkretes bekannt wäre. Wir reden hier über Summen, die noch nicht einmal durch eine vernünftige HU-Bau untersetzt sind, das wissen Sie so gut wie wir. Sie führen hier ein Scheingefecht, ohne überhaupt für dieses Gefecht schon die entsprechenden Unterlagen in der Hand zu haben, um abzulenken, abzulenken von den tatsächlichen und konkreten Problemen dieses Haushalts. Ich will es an zwei Dingen - die Zeit ist knapp - festmachen.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Ist das so?)

Nehmen Sie doch die Realitäten zur Kenntnis, Herr Kretschmer, wenigstens die, die Sie in diesem Haus vorfinden und nicht immer die, die Sie sich selber schaffen.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Ach, Herr Gerstenberger, ...)

Die Wirtschaftsentwicklung, meine Damen und Herren, ist mit Erfolgsgeschichten in der Beherrschung der Prozentrechnung durch diese Landesregierung gepflastert, aber in den konkreten Fällen sieht die Realität etwas anders aus. Da bedauert man zum einen das Dahinscheiden des Betriebes Modedruck in Gera, auf der anderen Seite erwägt der Sequester die Klageerhebung gegen die Thüringer Aufbaubank wegen unterlassener Unterstützung. Wenn draußen vor der Tür - unsere Fraktionsvorsitzende hat an den Gesprächen teilgenommen, auch der Wirtschaftsminister - Simson seine Situation noch einmal nachdrücklich der Landesregierung in Erinnerung ruft, stellt sich hier drin der Ministerpräsident hin und erklärt: Meine Damen und Herren das liegt eigentlich nur daran, dass der Wirtschaftsprüfer ein Gutachten erstellt hat, in dem steht, mit dem Unternehmen gibt es ein paar Schwierigkeiten und es ist nicht so richtig überlebensfähig. Er ver-

gisst nur eins, meine Damen und Herren, das ist der Vorwurf, Herr Ministerpräsident, der Vorwurf, dass Sie mit Halbwahrheiten arbeiten, um auf diese Art und Weise von Ihren Problemen und Ihrer Verantwortung abzulenken. Er vergisst zu sagen, dass die Thüringer Industriebeteiligungsgesellschaft seit über einem Jahr, ja nahezu zwei Jahren, in diesem Unternehmen eine hohe Verantwortung hatte, die hier nachhaltige Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten auf die wirtschaftliche Tätigkeit in diesem Unternehmen gestattet. Wenn also davon geredet wird, dass bei Simson die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben ist, liegt das einmal an der Verantwortung der Thüringer Industriebeteiligungsgesellschaft, diese nicht hergestellt zu haben, und als Zweites an Ihrer Verantwortung, weil Sie nicht in der Lage waren, zu prüfen und Aufsicht zu üben über die Gremien, die Sie im Land geschaffen haben.

(Beifall bei der PDS)

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Das ist gut so.)

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Oh, oh.)

Und als dritte Bemerkung, Herr Ministerpräsident: Es wird nicht wahrer, und es wird nicht besser, dass Sie immer wieder aufs Neue verkünden, die Mittel der Arbeitsmarktpolitik in diesem Haushalt wären gestiegen, es gäbe keine Probleme in der Praxis und in der Realität. Bemühen Sie sich einfach einmal, zu einem Träger zu gehen und nicht nur die Banddurchschneidung bei irgendwelchen Neuinvestitionsmaßnahmen zu besuchen, nehmen Sie bei einem Träger zur Kenntnis, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Genehmigung von Beschäftigungsmaßnahmen daran scheitert, dass von Landesseite, von Regierungsseite keine verbindliche Aussage getroffen werden kann,

(Zwischenruf Abg. Arenhövel, CDU: Das ist doch Quatsch.)

wie es durch SAM oder ABM finanziert werden kann.

(Beifall bei der PDS)

Das sind die Realitäten, meine Damen und Herren, die werden durch diese Aussagen von Ihrer Seite nicht besser.

(Beifall bei der PDS)

Wenn Sie endlich zur Kenntnis nehmen würden, meine Damen und Herren, dass es im Land Probleme gibt, die größer sind als die, die wir hier im Land dadurch entscheiden, dass wir uns automatisch Diätenerhöhungen geben, dann wäre ein erster Schritt auf dem richtigen Weg getan, aber leider ist das nicht erkennbar, was hier an Notwendigkeiten bestände. Ich will nur an der Stelle auf das Zitat von Herrn Dr. Zeh hinweisen, sagte doch Herr

Dr. Zeh: "Meine Damen und Herren, die Arbeitslosigkeit ist für viele nicht zuerst eine finanzielle Notlage." Für Sie mit Sicherheit nicht, Herr Dr. Zeh, aber für Fünfhunderttausende im Land wird es zur finanziellen Notlage, das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Nun liegen keine weiteren Redemeldungen vor. Ich schließe die Generalaussprache und komme zum Aufruf der Einzelpläne. Es ist vereinbart worden, mit **Einzelplan 08 - Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** zu beginnen. Als erster Redner hat sich der Abgeordnete Nothnagel, PDS-Fraktion, zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Zwischenruf Abg. Schemmel, SPD: Es wäre natürlich günstig, wenn die Herbeirufung des Ministers erfolgt.)

(Zwischenruf Abg. Nitzpon, PDS: Wir unterstützen das.)

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Richtig einbringen.)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, bitte einmal einen kleinen Moment. War das ein Antrag?

(Zuruf Abg. Schemmel, SPD: Das war ein Antrag.)

Dann würde ich bitten, den Antrag formell zu stellen.

Abgeordneter Schemmel, SPD:

Bei dieser wichtigen Haushaltsberatung bitte ich, dass der entsprechende Minister herbeigerufen wird oder vertretungsweise sein Staatssekretär.

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Einen kleinen Moment, Herr Abgeordneter, der Ministerpräsident als Mitglied der Landesregierung wird darauf eine Antwort geben.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Ich wollte nur sagen, Herr Kollege Dr. Pietzsch ist leider mit hohem Fieber erkrankt. Herr Maaßen ist da und wird gerade geholt, weil ich eben auch bemerkt habe, dass

er offensichtlich anderswo im Haus ist. Er war schon da, er wird in wenigen Minuten da sein.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit beginnt natürlich erst jetzt.

Abgeordneter Nothnagel, PDS:

Vielen Dank. Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt hier vorn nach Dr. Zeh und Ministerpräsidenten Dr. Vogel zu sprechen, fällt mir nicht leicht, bei so viel Populismus und Polarisierung

(Unruhe bei der CDU)

in den letzten Minuten,

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: Gut.)

aber vielleicht kann es in den letzten Minuten ja besser werden.

(Beifall bei der PDS)

Ich gebe diese Hoffnung nicht auf. Bei der Vorbereitung zur Haushaltsrede zum Einzelplan 08 bin ich immer wieder auf den Satz gestoßen: "Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik.". Ja, dieser Satz stimmt. Er stimmt besonders für das Ressort Soziales, Familie und Gesundheit. Alles in allem ist zu verzeichnen, dass es zu Aufstockungen der Mittel in Höhe von 42 Mio. DM gekommen ist. Oberflächlich betrachtet könnte man meinen, was meckert der da vorn denn noch um 42 Mio. DM mehr, aber diese 42 Mio. DM mehr sind in meinen Augen kein Ausdruck von mehr sozialer Gerechtigkeit

(Beifall bei der PDS)

bzw. Familien- und Kinderfreundlichkeit.

(Beifall bei der PDS)

Also für uns als PDS-Fraktion ist dies kein Grund zum uneingeschränkten Jubelausbruch.

Herr Ministerpräsident Dr. Vogel, mich friert es bei dem Haushalt 2000, wenn ich z.B. an behinderte Menschen denke und ihre Zukunft.

(Unruhe bei der CDU)

Herr Minister Dr. Pietzsch - leider heute wegen Krankheit nicht anwesend -, werte Abgeordnete, der Teufel liegt bekanntlich im Detail, und genau auf diese Details will und muss die PDS-Fraktion hinweisen. Für mich als neuer

Abgeordneter, und hier geht es mir ähnlich wie dem Abgeordneten Höhn, war und ist es schon schockierend, wie die Vertreter des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit und die Abgeordneten der CDU-Fraktion ihre satten Mehrheitsverhältnisse schamlos gegenüber der Opposition ausnutzten.

(Beifall bei der PDS)

In der Beratung zum Einzelplan 08 im Haushalts- und Finanzausschuss wurden wir als Vertreter der PDS-Fraktion mehrmals von Seiten des Ministeriums offensichtlich mit falschen Informationen abgespeist. Ich erinnere bloß an die Aussagen zu den Schuldnerberatungsstellen oder zum Sonderprogramm für Behinderte. Ach übrigens, Herr Minister oder auch Herr Staatssekretär Maaßen, auf so manche Zuarbeit aus Ihrem Hause warte ich heute noch. Aber jetzt zurück zu den Details.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann es mir nicht verkneifen, einige Bemerkungen zu den Kürzungen des Kapitels 08 24 - Jugend- und Familienförderung - hier insbesondere Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen - zu machen. 400.000 DM weniger in diesem Jahr für die anerkannten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen bedeutet für ca. 70.000 Thüringer Haushalte oder rund 150.000 Bürger längeres Warten auf Beratungstermine und somit weniger Hoffungsschimmer auf eine nicht von finanziellen Nöten geplagte Zukunft. Die PDS-Fraktion hat in ihren Anträgen gefordert, wenigstens das Maß von 1999 beizubehalten, aber nein, auch hier haben Sie, meine Damen und Herren von der CDU, unserem Antrag nicht zugestimmt. Wissen Sie, Abgeordnete wie Sie und ich, können, glaube ich zumindest, gar nicht verstehen, wie wichtig der weitere Ausbau der Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Thüringen ist. Wir bekommen pünktlich zum Ersten eines jeden Monats unsere nicht gerade spärlichen Diäten überwiesen, aber so manche Familie in Thüringen lebt unterhalb des Existenzminimums. Ein Blick in die Suppenküchen und Wärmestuben von kirchlichen und freien Trägern lässt die Not im Lande erkennen. Was mich besonders erschreckt ist die Tatsache, dass immer mehr Kinder und Jugendliche aber auch ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die eigentlich ein Leben in Sicherheit verdienen, dort zu finden sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn das Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit ab 01.01.2000 nichts mehr mit Arbeitsmarktprogrammen, Förderinstrumentarien und ähnlichem zu tun hat, so ist es die Pflicht der PDS-Fraktion, gerade in den Beratungen des Haushalts darauf hinzuweisen, dass es große Befürchtungen gibt, dass zukünftig ABM- und SAM-Stellen im sozialen Bereich immer weiter zugunsten der Wirtschaft zurückgedrängt werden. Signale von Trägervereinen sind reichlich in den letzten Wochen eingegangen. Die Problematik betrifft Kinder- und Jugendarbeit bis hin zur Seniorenbetreuung und das breite Spektrum der Gesellschaft.

In der neu installierten Arbeitsförderungsabteilung beim Wirtschaftsministerium muss unserer Auffassung nach alles drunter und drüber gehen, was aber nicht allein an der zuständigen Abteilung liegt, sondern am Wirtschaftsministerium insgesamt. Selbst in der GfAW scheint im Moment kein einheitliches Konzept zur Bearbeitung der Anträge für ABM und SAM vorzuliegen. Dies gefährdet die Kontinuität und Qualität der sozialen Arbeit in der Thüringer Trägerlandschaft besonders. Auch ich möchte an dieser Stelle nochmals an unser 800-Feststellen-Programm erinnern, welches gerade für diesen Bereich eine echte Alternative ist. Sie haben leider an dieser Stelle eine völlig andere Auffassung als die PDS-Fraktion.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ihnen vorliegende Änderungsantrag der PDS-Fraktion in Bezug auf die Fusionierung der Thüringer Aids-Hilfen mit den Thüringer Aids-Präventionen ist dringend erforderlich. Die PDS-Fraktion ist der Auffassung, dass durch die Änderung der Mehrheitsverhältnisse und somit die Übernahme des Sozialbereichs durch Minister Dr. Pietzsch auch Verabredungen und Beschlüsse der Diskontinuität zum Opfer fielen. Dies wird durch uns verurteilt und findet keine Akzeptanz.

(Beifall bei der PDS)

Sie wissen genau, werte Damen und Herren, jedenfalls diejenigen, die öfter Kontakt vor allen Dingen zu den Aids-Hilfen haben, dass es aus Gründen der Bündelung der Kräfte und der finanziellen Mittel unbedingt sinnvoll und richtig war, dass oben genannte Vereine künftig eine gemeinsame Arbeit leisten sollen. Damit wäre eine große Chance auf eine effektivere und effizientere Struktur und damit im Kampf gegen HIV und Aids gegeben. Und, werte Damen und Herren, wenn Sie dann über den vorliegenden Änderungsantrag abstimmen, sollten Sie auch aus der Sicht des Steuerzahlers für unseren Antrag stimmen.

(Beifall bei der PDS)

Denn ein Nichtzusammengehen der oben genannten Vereine bedeutet sinnlose Verschwendung von Steuermitteln in den letzten Jahren. Aber wie ich bereits zu Beginn sagte, ist Haushalt halt in Zahlen gegossene Politik. Bei dieser Problematik kommen die konservativen Politikansätze der Thüringer CDU kräftig durch.

Meine Damen und Herren, es ist schon schizophren, dass, wie bereits mehrfach erwähnt, unsere Änderungsanträge vor allem auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung und des Gesundheitsschutzes abgelehnt wurden, während gleichzeitig Frau Arenhövel in den Medien von der Gefahr des wachsenden Drogenkonsums plauderte und einen Thüringer Suchthilfeplan forderte. Frau Arenhövel, da kann ich Ihnen nur sagen, hätten Sie einmal unsere Änderungsanträge besser gelesen, wäre so manches abgedeckt.

(Beifall bei der PDS)

Die PDS-Fraktion hält es für dringend geboten, dass gesundheitspolitische Ziele für Thüringen benannt werden, um somit für die Gesundheit der Bürger Prioritäten zu setzen. Dafür wären Gesundheitskonferenzen, wie es sie bereits in anderen Bundesländern seit längerem gibt, gut geeignet. Den neu zu erstellenden Thüringer Krankenhausplan werden wir - es wird Sie sicherlich nicht überraschen - mit Argusaugen verfolgen, denn das haben wir beim Dritten Thüringer Krankenhausplan schon zu verspüren bekommen, Bettenabbau hat immer auch etwas mit Personalabbau zu tun und dies wirkt sich vor allem auf die Qualität in der Pflege am Patienten aus. Es wird heute schon deutlich, dass die Belastungszahlen nach Fällen pro Mitarbeiter im ärztlichen Pflegedienst in Thüringen bedeutend höher als in dem alten Bundesgebiet sind. Ich denke auch, meine Damen und Herren, im Plenum sowie im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit werden wir uns in den nächsten Wochen nochmals intensiv der Problematik des Klinikums in Erfurt widmen müssen.

An dieser Stelle lassen Sie mich eine Bemerkung zum Entschließungsantrag der CDU-Fraktion in der Drucksache 3/259 machen. Meine Damen und Herren, in dem oben genannten Antrag unter der Nummer 9 fordern Sie, dass weitere Maßnahmen geprüft werden, dass landeseigene Einrichtungen in freie Trägerschaft überführt werden. Wie lange wollen Sie dieses Spiel noch fortsetzen? Thüringen war und ist das Experimentierfeld der Privatisierung vor allen Dingen bei Krankenhäusern. Schauen Sie sich doch einmal um im Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit - es gibt doch fast nichts mehr, was dort zu verwalten wäre. Der Überführung der drei Landespsychiatrien in freie Trägerschaft wird durch meine Fraktion ebenfalls nicht zugestimmt. Den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion lehnt die PDS-Fraktion strikt ab.

(Beifall bei der PDS)

Sehr geehrte Damen und Herren, in den letzten Wochen haben eine Vielzahl Vereine und Verbände, wie z.B. die Liga der Wohlfahrtsverbände, die Landesarbeitsgemeinschaft Schuldnerberatung, aber auch Vertreter der Kirchen, sich mit der Bitte an uns gewandt, Kürzungen im Sozialbereich nicht zuzulassen bzw. dafür Sorge zu tragen, dass die Kürzungen zurückgenommen werden. Werte Abgeordnete der CDU-Fraktion und ganz besonders Sie, Dr. Zeh, ich habe den Eindruck, Sie wollen nicht wissen, wovon ich rede. So möchte ich bloß einige Stellen aus der Zuschrift der Diakonie sinngemäß wiedergeben. In der Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Vogel am 13. Oktober letzten Jahres, wo das Thema "Sozialpolitik" bloß auf eineinhalb Seiten abgearbeitet wurde, sagte er, ich zitiere: "Die Bemühungen zur Integration von Behinderten sollen fortgesetzt werden." Die Realität in dem mir vorliegenden Haushaltsplan sieht jedoch anders aus.

Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen und nicht nur mit billigem Populismus und Verweisen auf die DDR-Vergangenheit ablenken. Psychisch Kranke und geistig Behinderte brauchen tagtäglich eine lohnende Aufgabe. Da der erste Arbeitsmarkt dies nicht gewährleistet, dass behinderte Menschen eine Festanstellung bekommen, ist für sie ein Platz in einer Werkstatt für Behinderte leider immer noch die einzige Alternative. Gerade in diesem Bereich, Minister Pietzsch, kommt es zu einer Reduzierung der Mittel. Für das Jahr 2000 sollen bloß 7,8 Mio. DM eingestellt werden. Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Mitgliederversammlung des Fachverbandes Diakonische Behindertenhilfe am 06.12.1999 auf die Problematik der Bereitstellung des Eigenmittelanteils der Träger hingewiesen hat. Eines können Sie mir glauben, aus meiner eigenen Erfahrung der letzten Jahre weiß ich, dass es den meisten Trägern unwahrscheinlich schwer fällt, die geforderten Eigenmittel aufzubringen. Eine Erhöhung der Mittel vor allem zugunsten der vielen Tausend Menschen mit Behinderung wäre meinerseits begrüßenswert gewesen. Die PDS-Fraktion kritisiert ebenfalls die Kürzung der Mittel für betreutes Wohnen von Suchtkranken und psychisch Kranken oder die Kürzung der Mittel von Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke und seelisch Behinderte.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich dachte immer, das C bei Ihnen steht für christlich, aber in den vergangenen Wochen meines Abgeordnetendaseins bin ich leider schon eines Besseren belehrt worden. Es gibt aber auch Ausnahmen, das sei auch an dieser Stelle gesagt. Sie müssten doch wissen, dass gerade das Streichen der Mittel für betreutes Wohnen bei Suchtkranken und psychisch Kranken zum so genannten Drehtüreffekt führt. Aufgrund der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die wir seit zehn Jahren erleben, ist leider die Anzahl derjenigen enorm gestiegen, die eine ständige Betreuung und Begleitung benötigen. 1999 schrieb das so genannte Jahrhundertwerk SGB XI, auch Pflegeversicherung genannt, rote Zahlen, aber das sei nur am Rande erwähnt.

Nun komme ich zu den Kontakt- und Beratungsstellen. Hier haben Sie ganz locker mit einem Strich die Mittel um etwa 30 Prozent im Vergleich zu 1999 gekürzt. Diese Kürzungen sind umso schmerzlicher, weil es auch die sozialpsychiatrischen Dienste trifft. Können Sie sich vorstellen, was es für Angehörige und Betroffene bedeutet, wenn so sukzessive im Land in den Beratungsstellen das Licht ausgeht? Die Beratungsstellen sind meist die einzigen Kontaktpunkte, wo Bürger in ihrer Not professionelle Hilfe und Unterstützung finden.

Sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Haus wurde polemisch von allen Parteien in den letzten Jahren für den Sport immer eine Lanze gebrochen, stand dem Sport der Stellenwert zu, den er verdient. Natürlich gab es in den Fraktionen unterschiedliche Auffassungen, in welcher Höhe Sportvereine gefördert und Sportstätten saniert werden sollten, aber immerhin wurden die Sport-

stätten im Wesentlichen kontinuierlich gefördert und es kam zu keinen nennenswerten Kürzungen. Im vor uns liegenden Haushalt, erstmals allein durch die CDU vorgelegt, ist dies anders. Das lässt weit blicken. 3,7 Mio. DM sind insgesamt weniger für Sportstätten veranschlagt als 1999, die Beschlussempfehlung hier mit eingeschlossen. Dies ist ein Rückschritt, den unsere Fraktion nicht akzeptiert.

(Beifall bei der PDS)

Auch der Präsident des Landessportbundes, Herr Gösel, hat am 25.01. diesen Jahres zum parlamentarischen Abend des Sports darauf hingewiesen. Und, meine Damen und Herren, mit Ihrem Änderungsantrag setzen Sie dem Ganzen noch die Krone auf. Auf den ersten Blick erscheinen Ihre Vorschläge durchaus plausibel. 1999 haben die beiden Zuwendungsempfänger, Wohlfahrtsverbände und Landessportbund, aus den Überschüssen der Lotterien insgesamt 19,9 Mio. DM erhalten, so dass eine Reduzierung der Zuschüsse gerechtfertigt erscheint, wenn die diesbezüglichen Einnahmen jetzt insgesamt 22 Mio. DM übersteigen sollten. Allerdings wird dadurch eine gesicherte Finanzierung weder des 50-Plus-Programms noch eine einigermaßen berechenbare Erhöhung der Zuschüsse für Sportstätten, für Sofortmaßnahmen an Sportstätten und Badeanstalten erreicht, denn die Höhe der Einsätze, die laut Lotterie- und Sportwettengesetz dem Sport zugute kommen, sind frühestens im November feststellbar und dann bis Ende des Jahres weder in Sofortmaßnahmen für Sportstätten und Badeanstalten noch im 50-Plus-Programm wirksam zu machen. Der Deal funktioniert mit uns so nicht, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall bei der PDS)

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie aus meiner Rede unschwer erkennen konnten, wird die PDS-Fraktion den vorliegenden Einzelplan 08 in seiner Gänze ablehnen.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Ich wurde vorhin darüber informiert, dass der Minister Pietzsch extra angerufen hat. Er verfolgt am Radio die Debatte. Obwohl er kaum sprechen kann,

(Beifall bei der CDU)

möchte er versichern, dass er sehr wohl den Worten der Rednerinnen und Redner lauscht.

Als nächste Rednerin hat sich zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Heß, SPD-Fraktion.

Abgeordnete Heß, SPD:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vergleicht man die in diesem 08er Haushaltsplan für 2000 eingestellten Ausgabemittel mit denen von 1999, so ergibt sich ein optisches Plus von 42.103.000 DM. Herr Zeh, es ist aber eben nur ein optisches Plus gegenüber dem Vorjahr.

(Zwischenruf Abg. Dr. Zeh, CDU: 8 Mio. DM kommen noch dazu.)

Oberflächlich hört sich der höhere Haushaltsansatz gut an, aber betrachtet man, wie das Plus zustande gekommen ist, so kann man schon feststellen, dass sich bei zahlreichen Punkten die Landesregierung aus der Sozialpolitik langsam, aber sicher verabschiedet.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Allein in der Hauptgruppe 6 - Zuweisungen und Zuschüsse -, hier also, wo das Land gestaltend tätig werden kann, sind zwar 33 Mio. DM mehr eingestellt - aber wie entsteht diese Summe? Das ist nicht etwa eine Ausweitung der besseren Sozialpolitik, nein, es ist schlicht und ergreifend die Abarbeitung der Pflichtaufgaben. So mussten z.B. bei der gesetzlichen Aufgabe "Eingliederungshilfe für Behinderte" 40 Mio. DM mehr veranschlagt werden, weil die Ansprüche gestiegen sind. Weiterhin ist die Jugendpauschale mit 24,5 Mio. DM bisher in verschiedenen Titeln im Einzelplan 17 veranschlagt gewesen und jetzt zum Einzelplan 08 dazugekommen. Rein rechnerisch wäre also allein in der Hauptgruppe 6 des Einzelplans 08 ein Plus von 64,5 Mio. DM zu erwarten; es sind aber nur 33 Mio. DM mehr eingestellt bzw. umverlagert worden. Das heißt, dass an anderer Stelle kräftig gekürzt wurde, und zwar überwiegend bei den freiwilligen Leistungen. Ein für mich besonders krasses Beispiel ist der neu zusammengesetzte Titel "Maßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung, des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitshilfe". In diesem befinden sich so wichtige Projekte wie das betreute Wohnen sowohl für Suchtkranke als auch für seelisch Behinderte, Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke und seelisch Behinderte oder psychosoziale Beratungsstellen. Schon Ende November waren einige dieser Titel ausgeschöpft bzw. weit überzogen. Eine Kürzung des Titels um 2 Mio. DM ist für dieses Land eine Schande.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere Molière: "Du bist nicht nur für das verantwortlich, was du tust, sondern auch für das, was du nicht tust."

(Beifall bei der SPD)

Folgt man der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu Beginn der Legislatur, müsste der Titel "Betreutes Wohnen" ausgebaut statt reduziert werden. Wa-

rum tun Sie das nicht; warum setzen Sie gerade hier den Rotstift an?

(Beifall bei der SPD)

Dem Mediziner Dr. Pietzsch müsste man doch nicht erklären, dass Suchtkranke und psychisch Kranke besonderer Zuwendung bedürfen. Jeder weiß, dass betreutes Wohnen erstens humaner und zweitens kostengünstiger ist. Man trägt das Sparprogramm auf dem Rücken der Schwachen aus und gönnt sich selbst mit dem Landtagsneubau Luxus.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Schämen Sie sich! Es grenzt schon an Überheblichkeit, wenn unsere Änderungsanträge, obwohl mit vernünftigen Deckungsvorschlägen und Begründungen versehen, niedergestimmt werden. Hier kann man nur sagen: Die Arroganz der Macht lässt grüßen. Oder nehmen wir unseren Antrag zur besseren Ausstattung der Opferverbände des SED-Unrechtsregimes. Erst nach der Intervention der SPD-Fraktion wurde ein spärlicher Antrag der CDU, das Budget für die Opferverbände aufzustocken, nachgeschoben. Im Investitionsbereich der Hauptgruppe 8 sieht es ähnlich aus. Allein für die laufenden Investitionsfinanzierungen in Pflegeeinrichtungen, im Übrigen auch eine gesetzliche Pflichtaufgabe, vom Bund gefördert, wurden 25 Mio. DM mehr eingestellt. Auch hier lohnt es sich genauer hinzusehen. Durch die vielen Kürzungen in den unterschiedlichsten anderen Investitionstiteln bleibt nämlich unterm Strich nicht mehr viel übrig von dieser Mehrausgabe. Investive Maßnahmen sind naturgegebenmaßen einmal abgeschlossen, aber mit dieser Planung wird so getan, als gäbe es keine weiteren dringend notwendigen Investitionen in dem Bereich Soziales, Familie und Gesundheit. Ich denke dabei an die Kürzung in Höhe von 12,5 Mio. DM bei der Pauschalförderung der Krankenhäuser. Neben dem und nach dem Auslaufen des Artikels 14 des Sonderprogramms besteht auch weiterhin ein großer Investitionsbedarf. Hat man vergessen, dass die ersten neuen medizinischen Geräte abgeschrieben werden und die Anschaffung neuer bereits ansteht?

Abschließend ist festzustellen: Im Einzelplan 08 sind sozialpolitische Schwerpunkte nicht erkennbar. Ich bin schon heute gespannt, wie Sie das den Trägern sozialer Einrichtungen in Zukunft erklären.

(Beifall bei der PDS, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Klaubert:

Jetzt weiß ich nicht so richtig, wie viel Zeit uns zur Verfügung stehen müsste, um den nächsten Beitrag, den die Frau Abgeordnete Arenhövel halten würde, noch zu schaffen. Könnten Sie mir bitte mit den Fingern ein Zeichen geben?

(Zwischenruf aus dem Hause: 10 Minuten.)

Dann würde ich vorschlagen, dass wir schließen, wenn dem keiner widerspricht, denn wir haben vereinbart, dass spätestens um 13.00 Uhr Schluss ist, weil die Veranstaltung, die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus mit der Kranzniederlegung, in Buchenwald stattfindet.

Bitte gestatten Sie mir noch eine Bemerkung, weil es auch Fragen dazu gab: Der Bus, für den sich einige angemeldet haben, fährt um 13.30 Uhr vor dem Verwaltungshochhaus ab und gegen 16.00 Uhr wieder von Buchenwald zurück. Das heißt, es gab die Möglichkeit, sich dort anzumelden über die Landtagsverwaltung. Ich weiß im Moment nicht, inwiefern noch Zustiegsmöglichkeiten vorhanden sind.

Wir setzen dann am morgigen Tag um 9.00 Uhr mit der weiteren Beratung zum Einzelplan 08 fort.

Ende der Sitzung: 12.56 Uhr